

Editorial

Lieber Leser*innen,



unsere neue Ausgabe der Tierra y Libertad hat den Schwerpunkt der aktuellen basisdemokratischen Mobilisierung von unten und links in Mexiko, die vom pro-zapatistischen Nationalen Indigenen Kongress CNI über den autonomen Indigenen Regierungsrat CIG und seine Sprecherin, Maria de Jesús Patricio Martínez ("Marichuy") vorangetrieben wird. All dies findet im Kontext der Präsidentschaftswahlen von 2018 statt, bei der erstmalig parteilose Kandidat*innen antreten dürfen. Für die unabhängigen indigenen Gemeinschaften und die radikale Linke soll der Aktivistin Marichuy eine Kandidatur ermöglicht werden. Sie als Sprecherin des Indigenen Regierungsrates vertritt explizit die anti-patriarchalen und anti-kapitalistischen Positionen der Basis. Es ist wichtig zu betonen, dass es dieser Bewegung keineswegs um eine "Machtübernahme" geht, sondern um tiefgreifende und kontinuierliche Organisationsprozesse.

Ein weiteres Thema sind die mehrfachen Erdbeben in Süd- und Zentralmexiko, die viele nicht-privilegierte Menschen äußerst hart getroffen haben. Trotz der höchst beeindruckenden Selbstorganisation und Selbsthilfe der Menschen wird weiter dringend um Spenden gebeten, vor allem, weil die Katastrophe von den Eliten politisch und zur eigenen Bereicherung missbraucht wird und der Staat völlig versagt.

Darüber hinaus beleuchten wir kritisch die menschenverachtende und umweltzerstörende Rolle der deutschen Politik und Wirtschaft im Bereich der Pestizide und völlig verfehlter "Entwicklungsprojekte". Weitere Nachrichten und Analysen aus Mexiko und anderen Regionen der Welt runden die aktuelle Nummer ab. Es gibt durchaus Rückschläge für emanzipatorische linke Bewegungen und Kämpfe, aber es gibt ebenso hoch interessante Widerstandsprozesse, die es zu unterstützen gilt.

Herzlich gratulieren möchten wir der Menschenrechtsorganisation Carea e.V., die 2018 ihren 20. Jahrestag feiern kann und seit Ihrer Gründung kontinuierlich die Menschenrechtsarbeit in Guatemala und Chiapas fördert und schon zahlreiche Aktivist*innen auf ihre Menschenrechtsarbeit vorbereitet und dabei begleitet hat.

Wir wünschen eine anregende Lektüre!

¡Viva la rebelión!

Euer Redaktionskollektiv der Tierra y Libertad Nr. 78

PS: Wir danken allen Autor*innen, Übersetzer*innen, Fotograf*innen und Unterstützer*innen allerherzlichst für ihre Arbeit!
PPS: Eine Bitte hätten wir noch: wenn Euch unsere Zeitschrift zusagt, unterstützt uns doch gerne dabei, sie noch bekannter zu machen. Bestellt und verschenkt sie bei Demos und Barrikaden und lasst sie gerne in geeigneten Küchen, Cafés, Toiletten, im Zug, im Bus oder auf Parkbänken (un)auffällig liegen ;-)

Inhalt

- 04 Die Stunde ist gekommen: Organisierungsoffensive des CNI
- 06 Wir können es erreichen! Reden der Sprecherin Marichuy
- 08 Die Stunde der Vergessenen: Comandanta Hortencia
- 09 Marichuy - Eine ganz andere Kampagne
- 11 Spendenaufruf für die Erdbebenopfer in Mexiko
- 12 Interview mit dem Menschenrechtszentrum Digna Ochoa
- 13 'Ich wollte nicht, dass er geht' - Bericht von Caminos A.C.
- 15 Balumil: Internationalistische Bildung bei den Zapatistas
- 16 Honduras: Repression und Widerstand
- 18 Kolumbien: Starke Repression bei Indígena-Mobilisierung
- 19 Kurznachrichten
- 21 Hochgefährliche Pestizide in Mexiko
- 23 Griechisches Gesundheitssystem vor dem Kollaps
- 24 Das solidar-ökonomische Kollektiv Syn Alloys (Athen)
- 26 Buchbesprechung: Imperiale Lebensweise
- 27 Linke Projekte stellen sich vor
- 28 Finger weg von unseren Strukturen!
- 29 Unsere Klassiker*innen: Es träumt der Alte Antonio
- 30 linksunten indymedia

Impressum

Herausgeber*in: Redaktionskollektiv - Ya-Basta-Netz
Kontakt zur Redaktion: landundfreiheit@riseup.net

Postanschrift:
Tierra y Libertad
c/o Unrast Verlag
Postfach 8020
D-48043 Münster

V.i.S.d.P.: C. Ramona
Auflage: 2.300
Cover-Artwork: Mo & Manu

Vertrieb: abolandundfreiheit@riseup.net
Homepage: www.tierra-y-libertad.de
(dort gibt es auch ein Online-Archiv)

Spendenvorschlag bei Bestellungen:

Einzelexemplar: 2,50 Euro
5 Exemplare: 5,- Euro
10 Exemplare: 7,- Euro
20 Exemplare: 12,- Euro
50 Exemplare: 20,- Euro

Die Stunde ist gekommen



20 Jahre nach seiner Gründung haben der Nationale Indigene Kongress (CNI) und die Zapatistische Armee zur nationalen Befreiung (EZLN) eine neue mexikoweite Organisierungsoffensive ins Leben gerufen. Auf ihrem Treffen vom 26. bis zum 28. Mai 2017 präsentierten sie ihren *Indigenen Regierungsrat* (CIG) und seine Sprecherin Maria de Jesús Patricio ("Marichuy"), die für die kommenden Präsidentschaftswahlen im Juli 2018 als linke parteiunabhängige Kandidatin aufgestellt wird.

„Der heutige Tag ist der größte Tag in unserer Geschichte, denn vor der spanischen Kolonialisierung gab es keinen indigenen Regierungsrat. 20 Jahre haben wir gebraucht, um uns kennenzulernen, uns zuzuhören und mit den indigenen Gemeinschaften zu reden. Nach 500 Jahren, die wir im Widerstand gelebt haben, sind wir nun an diesen Punkt gelangt. Es geht um einen indigenen Aufstand, den größten in der Geschichte Mexikos und er ist gewaltfrei – ich sage es noch einmal: gewaltfrei.“ Filo Zitlaxochitzin (Ratsmitglied des Indigenen Regierungsrates CIG aus Puebla)

Was hat die Aktivist*innen zu diesem Schritt bewegt?

Im Oktober letzten Jahres trafen sich der CNI und die EZLN in Chiapas zum 5. Nationalen Kongress der indigenen Bevölkerungsgruppen Mexikos für eine erneute Reflexion über die aktuelle Situation in Mexiko und um über weitere Schritte zu diskutieren. *„Wir befinden uns in einem gefährlichen, von Gewalt, Angst, Trauer und Wut geprägten Moment, in dem sich der kapitalistische Krieg gegen uns im gesamten Land*

zuspielt. Wir erleben die Ermordung von Frauen, Kindern und indigenen Gemeinden, weil sie sind, was sie sind. Die politische Klasse besteht hartnäckig darauf, aus dem Staat eine Kooperation zu machen, die das Land der Indigenen, Bauern, Bäuerinnen und der Stadtbevölkerung verkauft. Sie verkaufen die Menschen an Drogenkartelle, als wären sie eine Ware oder ein Rohstoff und diese wiederum verkaufen sie an kapitalistische Unternehmen, die sie dann ausbeuten, bis sie krank werden oder sterben.“

In den letzten Jahren haben die indigenen Gemeinschaften viele verschiedene Wege ausprobiert, um den Bedrohungen und Repressionen zu begegnen. So haben sie bspw. nationale und internationale Rechtsmittel sowie friedliche zivile Widerstandsaktionen genutzt und Bündnisse mit diversen Sektoren der Zivilgesellschaft geschlossen. Es gab Foren, Öffentlichkeitskampagnen und diverse politisch-kulturelle Aktivitäten und es wurden eigene kommunitäre Kommunikationsmedien und autonome Strukturen zur Selbstverteidigung geschaffen, Vollversammlungen, basisdemokratische Räte und Kooperativen eingerichtet und die traditionelle Medizin verteidigt und praktiziert.

Auf dem Kongress im Oktober beschlossen sie, eine neue Aktionsform zu ergreifen. Der Vorschlag sah vor, dass jede der im CNI organisierten Gemeinschaften eine Frau und einen Mann als Delegierte für einen sogenannten Indigenen Regierungsrat bestimmt, der dauerhaft arbeiten und aus seiner Mitte eine Sprecherin wählen soll. Diese solle neben ihrer Rolle als Sprecherin auch als Präsidentschaftskandidatin aufgestellt werden.

„Wir stellen klar, dass unser Kampf kein Kampf um die Macht ist, diese suchen wir nicht; sondern wir werden die indigenen Gemeinschaften und die Zivilgesellschaft aufrufen, sich zu organisieren, um diese Zerstörung zu stoppen und uns gegenseitig in unseren Widerständen und Rebellionen zu stärken. Das heißt, in Verteidigung des Lebens jeder Person, jeder Familie, jeden Kollektivs, jeder Gemeinde oder jeden Stadtteils, Frieden und Gerechtigkeit aufzubauen, indem wir wieder ein Gewebe spinnen – von unten her – woher wir sind und was wir sind. Es ist die Zeit der rebellischen Würde, die Zeit, ein neues Land mit allen und für alle aufzubauen, die Zeit, die antikapitalistische Macht von unten und von links zu stärken, die Zeit, dass diejenigen zahlen, die schuld sind am Schmerz der Menschen dieses vielfarbigem Mexikos.“ (aus dem CNI-Kommunique vom Oktober 2017)

Bis zum darauffolgendem Treffen im Januar 2017 fanden in ganz Mexiko, in den im CNI organisierten Gemeinschaften und den zapatistischen Gemeinden Versammlungen statt, um den Vorschlag zu diskutieren. Mit dem Ergebnis, dass er angenommen wurde. *„Wir wollen diesen Schritt gehen, der uns nicht leicht fällt, aber wir glauben, dass er notwendig ist, wenn wir wollen, dass unsere Gemeinden weiter existieren, wenn wir wollen, dass es weiterhin Leben gibt, dass Alles, was unsere Vorfahren uns vererbt haben, weiter besteht.“*

Daraufhin wählten die Gemeinschaften ihre Vertreter*innen für den Indigenen Regierungsrat. Gemeinsam mit den insgesamt 71 Vertreter*innen wurden sie offiziell auf dem Treffen vom 26. bis zum 28. Mai 2017 vereidigt.

„Brüder und Schwestern des Rates, Sprachrohr dieses Indigenen Regierungsrates. Wir sind in Mitten eines Krieges, eines grausamen Krieges. Wir brauchen das Interesse, den Mut, die Entschlossenheit, die Intelligenz und vor Allem die Liebe und Hingebung von euch allen, damit wir unsere Ziele erreichen und die Aufgaben erfüllen können – zum Wohle unserer Gemeinschaften, unserer Gemeinden und zum Wohle dieses misshandelten, verletzten und geschädigten Landes. Schwört ihr, unsere Worte weiterzutragen, die Worte unserer Gemeinden und des indigenen Nationalkongresses, ohne Lügen, ohne Doppelzüngigkeit oder andere Hintergedanken. Schwört ihr, stets antikapitalistisch, von unten und von links zu handeln und zusammen mit allen Ausgebeuteten dieses Landes und dieser Welt Rebellionen und Widerstände aufzubauen – gegen die von oben, gegen die Kapitalisten und ihre Verwalter – und für eine Welt, in die viele Welten passen? Ja! Gegenstimmen? Nein!“

Bedeutet die Initiative eine Kehrtwende?

Die Initiative mag auf den ersten Blick widersprüchlich wirken, denn indigene Politik in Mexiko fokussiert sich auf den Aufbau von Autonomie und grenzt sich entschieden von parteipolitischen und parlamentarischen Politikformen ab. Geschieht mit der Nominierung also eine Kehrtwende dieser Politik? Worin unterscheidet sich die Initiative von politischen Parteien? Einer der Delegierten betont, dass das Konzept der politischen Parteien Teil einer individualistischen Sichtweise sei, die aus dem westlichen Weltbild erwächst, das ihnen auferlegt wurde. Als Indigene hingegen denken sie im Sinne

der Kollektivität, was man ja auch an dem Indigenen Regierungsrat sehen könne, der eine kollektive Repräsentation ist. Ein weiterer Delegierter ergänzt, dass sie *„keine magischen Lösungen anbieten, so wie es die politischen Parteien üblicherweise machen. Vielmehr laden wir dazu ein, sich zu organisieren, jede und jeder vor Ort, um mittels des indigenen Regierungsrates all die Vorschläge zu der Art von Fortschritt zu verbreiten, den wir in unseren Gemeinden wollen und all denen eine Stimme zu geben, die momentan keine haben.“*

Außerdem stellen die Ratsmitglieder die Frage in den Raum, warum nicht auch sie die Wahlkonjunktur nutzen sollten, um ihre Vorschläge zu verbreiten? Und sie betonen, dass es ein langer, kollektiver Weg sein wird, der nicht erst jetzt begonnen hat und auch nicht mit den Wahlen enden wird und der mit einem Umdenken verbunden ist. Ein Umdenken, bei denen die politischen Parteien keinen Raum mehr haben werden und an Bedeutung verlieren, da die Erfahrung zeige, dass diese Form, Politik zu machen, kein zukunftsfähiger Ausweg für die Probleme darstellt. *„Es geht uns also nicht um die Wahlstimme, wir sind keine politische Partei, es ist weder eine Kehrtwende noch geht es uns um Macht. Von unten und links werden wir dieses Land aufbauen“*, bringt es Bettina Cruz Velasquez, Delegierte des Regierungsrates, auf den Punkt.

Die bewusste Entscheidung für eine Frau als Sprecherin

Die Entscheidung, dass die Sprecherin der Regierungsrates eine indigene Frau ist, wurde bewusst gefällt, *„weil wir gegen ein kapitalistisches, patriarchales System kämpfen, das uns unterdrückt. Ich glaube, dass die Frau außerdem am Besten in der Lage ist, sich auszudrücken, mit der Gemeinde zu reden und sie zu verstehen.“* Die Compañera betont aber auch, dass es ein gemeinsamer Kampf ist, der nicht nur von einem Teil der Menschen geführt werden kann. Eine andere Delegierte fügt hinzu, dass *„sich Männer und Frauen in unseren indigenen Gemeinschaften immer auf Augenhöhe begegnet sind. Hier leisten die Frauen die meiste Arbeit. In der westlichen Welt, in diesem System, das uns aufgezwungen wurde, ist die Frau nur Dekoration an der Seite der Politiker und wird zu einem Teil des Kapitalismus gemacht. Bei uns hingegen, sind Frauen denkende Wesen und spenden Leben.“*

„Die Zeit ist gekommen, in der sich die Stimme der indigenen Gemeinschaften erhebt, unsere Stimme – und wir wollen alles. Für alle.“

Momo & Nadine (Ya-Basta-Netz)

Infos: www.congresonacionalindigena.org



"Wir können es erreichen!"

Worte der Sprecherin des Indigenen Regierungsrates CIG, Maria de Jesús Patricio ("Marichuy")



CIG-Sprecherin Marichuy und weitere Ratsangehörige in San Cristóbal de las Casas, Chiapas, 8.11.2017. Foto: Radio Zapatista

[...] Es gibt immer mehr Plünderung, es gibt immer mehr Gefangene, weil die Menschen ihre Ländereien verteidigen, es gibt immer mehr Verschwundene, weil sie sich den unterschiedlichen Unternehmen entgegenstellen, die kommen, um ihre Programme der Raubzüge und Zerstörung in unseren Gemeinden durchzusetzen. Die Probleme werden immer schwerwiegender und von oben ist keine Lösung in Sicht. Also haben wir gesagt: *"Nun gut, wir müssen uns organisieren, von unten ausgehend müssen wir etwas Neues aufbauen, etwas, das uns Kraft gibt, um diese Leute, die da oben sind, zu stürzen. Sie haben unseren Gemeinden und ganz Mexiko lediglich Zerstörung und Tod gebracht."*

Daher haben wir gesagt, wir werden Etwas von unten vorschlagen, für ganz Mexiko, nicht nur für die indigenen Gemeinschaften. Aber wir müssen uns organisieren, wir müssen uns gegenseitig ansehen und gemeinsam darüber nachdenken, wie wir es schaffen können, all das wieder aufzubauen, was dieses System des Todes zerstört: Wie wir

uns in den Dörfern zusammenschließen können, wie wir uns mit den Arbeiter*innen von Land und Stadt vereinen können, wie wir uns mit den Student*innen, den Frauen und den Arbeiter*innen, mit Allen, zusammenschließen können.

Wir müssen etwas Neues von unten aufbauen [...] Daher haben wir entschieden, diesen großen Indigenen Regierungsrat aufzubauen, mit Repräsentant*innen aller indigenen Gemeinschaften Mexikos. Eine Regierung, die der Bevölkerung zuhört, bei der die Bevölkerung bestimmt und die Regierung ihr gehorcht. [...] Unsere Gemeinden wollen diese Ländereien behalten und all die Bäume und Gewässer weiter bewahren, denn sie bedeuten Leben, sie sind die Reichtümer der Dörfer.

Also werden wir das ganze mexikanische Territorium bereisen und das Wort, das uns unsere Gemeinden mitgegeben haben, weitertragen, damit es gehört wird, und wenn die Menschen einverstanden sind, bauen wir eine große Organisation auf,

nicht nur ab jetzt für 2018, sondern weit über 2018 hinausgehend. Ein Organisationsprozess, in dem es Leben für Alle gibt, wo wir alle entscheiden, was in unseren Gemeinden und in unseren Stadtteilen getan wird. Und ja: Wir können es erreichen! [...]

Marichuy in San Cristóbal de las Casas, 8.11.2017

(Quelle: <http://radiozapatista.org/> * Übersetzung: Redaktion)

Es leben die Frauen, die kämpfen und sich organisieren!

[...] Wir indigene Frauen – in unserem dreifachen Bedingtsein als Frauen, als Indigene und als Arme – erfahren die stärkste Unterdrückung innerhalb des Systems, das sich kapitalistisch nennt. Wir werden in unserem Heim, an den Orten, wo wir leben, an unserer Arbeit und in allen gesellschaftlichen Räumen ausgebeutet und vergewaltigt. Das aktuelle System unterwirft uns der heftigsten Ausbeutung und behandelt uns alltäglich als einfachste Ware. Genauso wie wir die Gewalt, die sie uns antun, spüren, spüren wir den Raub und die Zerstörung, die sie unserer Madre Tierra antun. Denn diesem System, das sich kapitalistisch und patriarchal nennt, liegen der Raub und die Dominierung unserer Madre Tierra zu Grunde – wie auch die Dominierung und Kontrolle von uns Frauen. [...] Weil wir jedoch genau diejenigen sind, die den allertiefsten Schmerz fühlen – da wir die stärkste

Unterdrückung erfahren – sind es ebenfalls wir Frauen, die fähig sind, die heftigste Wut zu spüren. Und somit müssen wir fähig sein, diese Wut in Organisation zu transformieren – mit dem Resultat, in die Offensive zu gehen, um diese Macht von oben zu demontieren – um mit Bestimmtheit und ohne Angst, die Macht von unten aufzubauen. [...] Wir werden das Land mit einer nationalen Agenda durchlaufen, damit sich das regionale Netz um die Räte des CIG zusammenschließt und um die Pueblos, Kollektive, Organisationen und nicht organisierten Leute im ganzen Landesgebiet aufzurufen, sich im Spiegel, den wir gemeinsam bilden, zu sehen – ohne Angst, in dessen Reflex unsere eigenen Spiegel zu finden. Umgeben von den Arbeitsgruppen zu Land und Territorium, zu Autonomie, Frauen, Jugendlichen und Kindern, zu Personen mit anderen Fähigkeiten, Migranten, zu sexueller Diversität, Gerechtigkeit und Arbeit und Ausbeutung und angeführt von den Räten – machen wir unsere eigene Agenda, unser eigenes linkes und antikapitalistisches Programm – den Moment nutzend, den uns die Geschichte setzt, um gemeinsam die große Struktur des Landes zu bilden – die die Mauern niederreißen wird, die uns unterdrücken, spalten und schwächen. Das ist das, was wir sind, was wir waren und sein werden. [...]

Marichuy in Oventik, 19.10.2017

(Quelle: actividadesdelcigysuvocera.blogspot.mx/2017/10/palabras-de-maria-de-jesus-patricio_19.html * Übersetzung: lisa - colectivo malintzin)



"Die Stunde der Vergessenen"

Rede von Comandanta Hortencia, Oventik, Chiapas



Brüder und Schwestern, heute sind wir in diesem Zentrum, Caracol II von Oventik, »Widerstand und Rebellion für die Menschheit« zusammenkommen. Wir sind hier, um die Worte des Indigenen Regierungsrats und seiner Sprecherin María de Jesús Patricio Martínez zu empfangen, zu begleiten und zu hören.

Darum sagen wir: Heute ist die Stunde der *Pueblos originarios**. Es ist die Stunde der Frauen, der Marginalisierten, der Verachteten, der Vergessenen. Es ist die Stunde aller Armen und Ausgebeuteten Mexikos, Amerikas und der Welt. Es ist die Stunde, dieses kriminelle und mörderische kapitalistische Gesellschaftssystem zu ändern. Es ist die Stunde, dass wir - alle Armen auf dem Land und in der Stadt - uns zusammentun. Es ist die Stunde, uns zu organisieren und für wahrhaftige Demokratie, Freiheit und Gerechtigkeit für alle zu kämpfen.

Von heute an werden unsere Pueblos wissen, sich selbst zu regieren und ihr eigenes Schicksal zu bestimmen - so wie wir zapatistischen Frauen und Männer es demonstrieren, indem wir seit mehr als zwanzig Jahren unsere Autonomie aufbauen.

Denn wir, Frauen und Männer, wollen nicht den Herrn, den Patron, den Befehlsgeber wechseln. Wir wollen keinen Herrn, keinen Patron, keinen Befehlsgeber - weder Ladino, Mestizo noch Indígena. Keinen einzigen Herrn.

Was wir wollen ist Freiheit, unsere Freiheit, DIE FREIHEIT.

Wir wissen gut, keiner wird sie uns schenken. Wir wissen gut, wir müssen Tag für Tag kämpfen, jede Stunde und überall, um unsere Freiheit zu erlangen. Doch damit hört es nicht auf: Wir müssen kämpfen, damit niemand uns dann diese Freiheit entreißt. Wir bitten unsere Sprecherin und den Indigenen Regierungsrat respektvoll, dass sie losgehen, um den Stimmen der *Pueblos originarios* und aller armen gesellschaftlichen Sektoren Mexikos zuzuhören, um von den Kämpfen, dem Widerstand und der Rebellion der vielen Geschwister im ganzen Land wissen zu können.

Wir bitten darum, dass sie die Wahrheit klar aussprechen: Niemand wird uns etwas schenken. Wir müssen kämpfen, um das zu erhalten, was wir wollen, verdienen und brauchen.

Dies müssen wir organisiert erreichen. Wir, Pueblos zapatistas, stehen zur Sprecherin und dem Indigenen Regierungsrat und dem Nationalen Indigenen Kongress. Sie, Männer und Frauen, werden den Auftrag erfüllen, das Land zu bereisen, um die Wahrheit zu sagen und zu hören, und auch, um Euch zum Kämpfen einzuladen. Wir wissen auch, es ist für sie, Männer und Frauen, nicht einfach. Es ist jedoch notwendig, sich für eine gerechte Sache einzusetzen - für das Leben Aller.

Unsere Sprecherin wird davon berichten, dass es möglich und notwendig ist, ein anderes Mexiko zu schaffen, wo unter den Prinzipien des Gehorchend Regierens regiert werden kann, wo die Menschen befehlen und die Regierung gehorcht. [...]

Es leben die Frauen, die Mädchen, die jungen und alten Frauen Mexikos und der Welt. Es leben die *Pueblos originarios* Mexikos und der Welt. Es lebe der Widerstand und die Rebellion. Es lebe der Nationale Indigene Kongress. Es lebe der Indigene Regierungsrat. Es lebe die Sprecherin María de Jesús Patricio Martínez. Es leben alle sozialen Kämpferinnen und Kämpfer Mexikos und der Welt. Es lebe die Autonomie der *Pueblos originarios*. Es lebe die EZLN.

Für das Geheime Revolutionäre Indigene Komitee
Generalkommandantur der EZLN

Comandanta Hortencia 19. Oktober 2017

übersetzt von lisa-colectivo malintzin (gekürzt von der Red.)

Quelle: <https://actividadesdelcigysuvocera.blogspot.mx/2017/10/palabras-de-la-comandanta-hortencia.html>

* *Pueblos originarios* [Selbstzuschreibung]: wörtlich "ursprüngliche Völker/Gemeinden", wird häufig auch als "indigene Bevölkerungsgruppen" oder "indigene Gemeinschaften" übersetzt.



www.chiapas.eu

Marichuy - eine ganz andere Kampagne



Marichuy im zapatistischen Verwaltungssitz La Garrucha im Oktober 2017 (Foto: Thomas Zapf)

Vor 21 Jahren, am 11. Oktober 1996, verlas eine Nahua-Indigene aus Jalisco die politische Erklärung des Nationalen Indigenen Kongresses (CNI). Im Namen der über 600 Delegierten aus dem ganzen Land gab sie die Entscheidung des erst vor kurzem gegründeten Organismus der indigenen Bevölkerungsgruppen bekannt, ein neues Land aufzubauen: *"Dieses Vaterland, das es niemals wirklich sein konnte, weil es ohne uns existieren wollte."*

Diese Rednerin, eine traditionelle Heilerin, war María de Jesús Patricio, dieselbe Frau, die heute Sprecherin und unabhängige Kandidatin auf die Präsidentschaft der Republik für den Indigenen Regierungsrat (CIG) ist. Damals verkündete sie im Namen ihrer Genoss*innen: *"Wir befinden uns im Aufstand, wir sind im Kampf. Wir sind zum Äußersten entschlossen, selbst bis zum Tod. Aber wir kommen nicht mit Trommeln des Krieges, sondern mit Friedensfahnen. Wir wollen uns mit allen Männern und Frauen zusammenschließen, und wenn sie uns respektieren, erkennen sie auch ihre eigenen Wurzeln wieder an."*

Zwei Jahrzehnte, ein Jahr und drei Tage nach diesem Tag, am vergangenen 14. Oktober, kam diese Frau nach Guadalupe Tepeyac, Chiapas, in eine Gemeinde mit nur 48 Häusern und wurde von 15.000 Menschen empfangen. Die Willkommenszeremonie, die ihr die Aktivist*innen der zapatistischen Basis, die Autoritäten der Guten Regierung "Hin zu einer neuen Hoffnung" und die Kommandantur der EZLN bereiteten, war ein buntes und vielfältiges Fest. Motorisierte

und berittene Rebell*innen eskortierten sie zwischen Spalieren von Luftballons und Frauen in ihren traditionellen Kleidern.

Trotz der verstrichenen Zeit seit Gründung des CNI ist die Botschaft von Marichuy, ihr Einsatz für die Verteidigung des Lebens und für eine andere Welt dieselbe wie an jenem 11. Oktober 1996. Nur dass jetzt, nachdem sie unermüdlich das ganze Land bereist und den Horror und das Leiden gesehen hat, unter dem das Mexiko von unten leidet, nachdem sie ein ums andere Mal ihre verschiedenen Brüder und Schwestern gehört hat, ihre Opferbereitschaft und ihr Einsatz weiter gereift und gewachsen sind. Daher ruft sie nun nicht mehr nur die indigenen Gemeinschaften auf, sich zu organisieren und gegen den Kapitalismus zu kämpfen, sondern sie lädt alle ein, dies zu tun, die ihm von unten widerstehen. *"Alleine werden wir, die indigenen Gemeinden, es nicht schaffen"*, sagte sie im Rat der guten Regierung in Morelia am vergangenen 15. Oktober.

Sie spricht nicht vom Hören-Sagen, das ist deutlich spürbar. Ihr Leben hat sich sehr weit von den 'Kristallkugeln' abgespielt, in denen so viele Berufspolitiker*innen leben. Sie nennt das, was sie erlebt und erlitten hat, ganz ähnlich wie das, was so viele andere arme Frauen erlebt haben. Sie macht das ohne schrill zu sein, mit einer überwältigenden Klarheit, mit Tiefe, aus Überzeugung und mit großer Kenntnis.

María de Jesús Patricio schreibt Geschichte: sie ist die erste indigene Frau und Mutter in der Geschichte Mexikos, die

Kandidatin zur Präsidentschaft der Republik ist. Sie betreibt eine Präsidentschaftskampagne mit dem Gesicht, dem Geist und den Worten einer Frau. Auch wenn es formal noch keine Wahlkampfveranstaltung war, hatten sowohl das Treffen, das die Sprecherin des CIG mit dem Zapatismus in der im Regenwald gelegenen Grenzregion hatte, sowie das Treffen einen Tag später im Caracol Morelia in der Zone Totz Choj eine deutliche und bewegende Genderorientierung. Alles drehte sich um die Frauen. Die Redner*innen bei der Veranstaltung waren Frauen, die Teilnehmer*innen waren in überwältigender Mehrheit Frauen und die Ansprachen drehten sich um die Frauen und waren für die Frauen.

Die Massentreffen von Marichuy, den Delegierten und Ratsmitgliedern des CIG mit den Zapatistas in Guadalupe Tepeyac und Morelia haben gezeigt, dass die EZLN weiterhin über ein großes Potenzial und Mobilisierungsvermögen verfügt. Dass sich so viele Tausende Sympathisant*innen über das desaströse und prekäre Netz an Wegen und Pfaden fortbewegen, ist nicht einfach. Dies erfordert Organisationskraft, Disziplin und Fortbewegungsmittel. Und zudem bedarf es der echten Überzeugung, dass die Anstrengung Teil einer gerechten Sache ist. Nur so kann verhindert werden, dass Regen, Hitze, Warten und der schwierige Transport zu Faktoren werden, die die massive Teilnahme verhindern. Der Beweis, dass diese Mobilisierung der Überzeugung entspringt, sind die eindrucksvollen spontanen Begeisterungstürme der Aktivist*innen der zapatistischen Basis gegenüber María de Jesús, begleitet vom herzlichen Empfang der Gründer*innen der EZLN.

Auf der Rundreise der Sprecherin des CIG durch das zapatistische Gebiet nehmen auch mehrere Dutzend indigene Räte und Delegierte, die sich mit 10 Lastwägen bewegen, aus dem ganzen Land teil. Bis jetzt setzt sich der Rat aus 141

Delegierten von 35 indigenen Bevölkerungsgruppen, die sich in 62 Regionen befinden, zusammen, von den insgesamt 93 Regionen, die sie schließlich repräsentieren wollen. Nie zuvor hat es bisher auf dem Gebiet der Rebell*innen eine so große Diversität an Repräsentant*innen indigener Gemeinschaften gegeben.

Die Rundreise hatte einen ausgeprägt antikapitalistischen Charakter und hat sich der Förderung der Organisation des Widerstands von unten verschrieben. Neben den Forderungen zum Bereich Gender thematisierten die Redner*innen persönliche und gemeinschaftliche Erfahrungen über den Missbrauch der Mächtigen, die Rückbesinnung auf die historische Erfahrung der erlittenen Schmach auf den Fincas, die Wut gegenüber der Vielzahl der durch die Ausbeuter erlittenen Erniedrigungen, die durch den Neoliberalismus verursachte Plünderung und Zerstörung, den Aufruf zu einer autonomen Organisation von unten und die Wertschätzung der indigenen Wurzeln. Im Kontext dieser Anklagen betonte Comandanta Miriam im Namen der EZLN während ihres Auftritts in Morelia, dass es wichtiger denn je sei, sich zu organisieren, denn mit Hilfe der Regierung würden die vier Räder des Kapitalismus - Ausbeutung, Repression, Enteignung und Verachtung - sich jeden Tag weiter perfektionieren, um die Armen zu schikanieren.

María de Jesús Patricio wird eine sehr andere Kampagne vorantreiben und das ganze Land bereisen - für den Aufbau von etwas Neuem.

Luis Hernández Navarro*

(Quelle: La Jornada 17.10.2017 * Übersetzung Gruppe B.A.S.T.A.)

* Luis Hernández ist Meinungsredakteur der mexikanischen Tageszeitung La Jornada und berichtet seit Jahrzehnten über soziale Kämpfe in Mexiko, Anm.d.Red.

UNRAST – Brainfood

 <p>Simon Schuster Demokratie des gehorchenden Regierens Das zapatistische Modell einer neuen Gesellschaftsordnung 224 Seiten 14 Euro ISBN 978-3-89771-065-8</p> <p>Würde und Basisdemokratie als Grundlagen zapatistischer Selbstverwaltungsstrukturen • eine verfassungstheoretische Analyse</p>	 <p>Zwischenraum Kollektiv (Hg.) Decolonize the City! Zur Kolonialität der Stadt 200 Seiten 14 Euro ISBN 978-3-89771-546-2</p> <p>Segregation, Verdrängung durch Gentrifizierung, soziale, ethnische und kulturelle Exklusion aus dem Blickwinkel der Kolonisation betrachtet</p>	 <p>Murray Bookchin Die nächste Revolution Libertärer Kommunalismus und die Zukunft der Linken 224 Seiten 16 Euro ISBN 978-3-89771-594-3</p> <p>Essays des libertären Vordenkers direkter Demokratie • „überaus lesenswert“ (Thomas Wagner, junge Welt)</p>
 <p>EZLN Das kritische Denken angesichts der kapitalistischen Hydra Theorie und Praxis der zapatistischen Bewegung 332 Seiten 19,80 Euro ISBN 978-3-89771-059-7</p> <p>„Was das Buch mitgibt, ist vor allem eine Frage: Wir machen es so – und was machst du?“ (Brigitte Kratzwald, Contraste)</p>	 <p>Meredith Tax Auf einem unwegbaren Weg Die Frauen im kurdischen Freiheitskampf 328 Seiten 19,80 Euro ISBN 978-3-89771-064-1</p> <p>Revolution, Frauenbefreiung und Demokratische Autonomie in Kurdistan – solidarisch-kritisch – vom Urgestein des us-Feminismus, Meredith Tax</p>	 <p>John Holloway Wir sind die Krise des Kapitals ... und stolz darauf Die San-Francisco-Vorträge 104 Seiten 9,80 Euro 978-3-89771-229-4</p>

Das ganze Programm online www.unrast-verlag.de

Spendenaufwurf für die Erdbebenopfer in Mexiko

Angesichts des massiven Erdbebens in Südmexiko rufen wir dringend zu Spenden für die Bevölkerung in den zerstörten Regionen auf. Besonders hart getroffen wurden die Gemeinden und Städte in der Landenge von Tehuantepec im Bundesstaat Oaxaca, an der Küste von Chiapas sowie in Mexiko-Stadt und Umland. Die Reparaturen und der Wiederaufbau werden Jahre dauern.

Es gibt über 300 Tote und Hunderte Verletzte, zahlreiche Wohnhäuser, Kliniken und Schulen, sowie Infrastruktur wie Straßen, Brücken, Strom- oder Gasleitungen wurden zerstört. Zu den extrem starken Erdbeben (teilweise über 8,2 auf der Richter-Skala) kamen in einigen Regionen noch schwere Regenfälle hinzu, die zu heftigen Erdrutschen geführt haben.

Viele Menschen haben ihre Existenzgrundlage und ihr bisheriges Zuhause verloren, viele Kranke und Verletzte können nur unzureichend oder gar nicht versorgt werden. Es fehlt an elementarsten Dingen wie Grundnahrungsmitteln, Kleidung, Medikamenten, Kochgelegenheiten und Übernachtungsmöglichkeiten. Darüber hinaus sind viele Regionen und Gemeinden von der Kommunikation abgeschnitten, so dass das gesamte Ausmaß der Katastrophe überhaupt noch nicht einzuschätzen ist.

Ein hochbrisanter Aspekt ist, dass die autoritären und korrupten Regierungen in den Bundesstaaten von Chiapas und Oaxaca sowie die nationale Regierung bereits begonnen haben, die Situation dieser humanitären Katastrophe politisch für sich auszunutzen.

Präsident Peña Nieto, Gouverneur Murat (Oaxaca) und Gouverneur Velasco Coello (Chiapas) posieren mit traumatisierten Menschen vor zerstörten Gebäuden für Fotos, um ihr Image aufzupolieren, um "Hilfe für die einfachen Leute" zu simulieren und die Privilegien ihrer Oligarchien für die Zukunft zu sichern. Häufig werden Hilfspakete gar nicht oder hauptsächlich an regierungsnahen Empfänger*innen vergeben. Zum Teil werden Übergaben sogar lediglich simuliert. So berichten Augenzeug*innen, wie ein Liefer-LKW vor einem zerstörten Haus von den Fahrern fotografiert wird - doch es wird nichts verteilt, sondern einfach wieder eingestiegen und weitergefahren.

Viele Menschen in den zerstörten Gemeinden und Stadtvierteln erbringen enorme Eigenleistungen, um die Situation zu verbessern. Auch viele Menschen in Mexiko unterstützen die Betroffenen. Die Menschen ringen um ihr Überleben. Sie alle rufen jedoch auch explizit zu solidarischer Unterstützung aus dem Ausland auf, da es sich um eines der schwersten Erdbeben in der Geschichte Mexikos handelt.

Wir schließen uns dem Aufruf des unabhängigen Menschenrechtszentrums Digna Ochoa aus Tonalá, Chiapas, an, das darum bittet, dass sich die Menschen in Mexiko und der Welt mit den Betroffenen solidarisieren und die humanitäre Hilfe durch ihren Beitrag unterstützen. Das Zentrum arbeitet mit dem partei-unabhängigen Nationalen Indigenen Kongress (CNI) zusammen, der 1996 auf Initiative der linksgerichteten Zapatistischen Befreiungsarmee (EZLN) als autonomes mexikoweites Netzwerk gegründet wurde. Darüber hinaus sind wir im Kontakt mit unabhängigen oppositionellen Gemeinden, Basisorganisationen, Netzwerken und NGOs unseres Vertrauens aus Chiapas und Oaxaca, um die Spenden möglichst sinnvoll einzusetzen.

Aktualisierte Informationen zur Spendenkampagne werden regelmäßig auf - www.chiapas.eu - veröffentlicht.

Wir danken allen, die sich an dieser Spendenkampagne beteiligen! Die Zeit drängt - baldige Spenden sind sehr sinnvoll.

Solidarische Grüße

Gruppe B.A.S.T.A. (Münster) und
Partner Südmexikos e.V. (Böblingen)

Spendenkonto:

Partner Südmexikos e.V.
Volksbank Böblingen
IBAN: DE30 6039 0000 0459 3900 07
BIC: GENODES1BBV
Stichwort: Erdbeben

* Kontakt: gruppeBASTA@gmx.de



Foto: Erdbebenschäden in Tonalá, Chiapas

"Sie missbrauchen dieses Unglück!"

Interview mit Nataniel Hernández, Direktor des Menschenrechtszentrum Digna Ochoa, Tonalá, Chiapas, Mexiko

Hier in Europa gibt es nur wenige Informationen über das Erdbeben vom 7. September 2017 in Südmexiko. Wie ist die aktuelle Situation, wie ist das alltägliche Leben der lokalen Bevölkerung?

Dieses Beben von 8,2 auf der Richter-Skala hat den Tod von 16 Menschen in Chiapas verursacht. An der Küste sind in den Städten Tonalá 4.446, in Arriaga 4.330 und in Pijijiapan 2.400 Wohnhäuser zerstört worden. Das bedeutet, dass sehr viele Familien kein Zuhause mehr haben. Das alltägliche Leben ist gerade sehr komplex, weil die Regierungsautoritäten die Menschen im Stich lassen und Hilfe nur vortäuschen. Das erhöht die Unsicherheit und das Misstrauen gegenüber dem Staat. Es herrschen Angst und Panik, es gibt post-traumatische Erkrankungen. Es ist wirklich heftig für die Leute, alle Habe verloren zu haben, für die die Menschen viele Jahre Arbeit und Aufopferung geleistet haben.

Wie agieren die Regierung von Chiapas und die mexikanische Bundesregierung?

Sie simulieren - und das in dieser Situation der Tragödie der Naturkatastrophe!. Sie missbrauchen dieses Unglück, um politische Vorteile daraus zu ziehen und bei den nächsten Wahlen Stimmen zu gewinnen. Die Hilfslieferungen werden umgeleitet, es gibt Korruption, Strafflosigkeit, Irreführungen, falsche Versprechungen und es werden den geschädigten Menschen vergebliche Hoffnungen gemacht. Wir als unabhängiges Menschenrechtszentrum wurden sogar belästigt und beraubt.

Wie reagiert die Gesellschaft?

Es war recht schnell möglich, den geschädigten Personen Lebensmittel zukommen zu lassen, dank der nationalen und internationalen Solidarität, die sich nach dem Aufruf des Nationalen Indigenen Kongresses CNI und der Sexta [pro-zapatistisches globales Netzwerk, Anm.d.Red.] bildete. Viele Leute vor Ort haben sich, je nach ihren Möglichkeiten, den Hilfsmaßnahmen angeschlossen, und das ist gut, denn so beweisen wir, dass wir unter uns gut vorwärts kommen können.

Ihr Menschenrechtszentrum untersucht ja nicht nur die momentane Situation des Erdbebens, sondern auch den allgemeinen Kontext, die soziale, politische, ökonomische und ökologische Situation. Welche Analysen gibt es im Angesicht von so viel Marginalisierung und Ausbeutung -

auch durch kapitalistische Unternehmen aus "unseren" reichen Ländern in Europa, die in Mega-Projekte investieren?

Wir beobachten, dass die Unternehmen und das Großkapital in diesem bedeutenden Moment versuchen, aus dieser Tragödie ihren Nutzen zu ziehen. Der Staat soll das, was wir haben, in einige wenige Hände übergeben, das heißt, die Luft, das Wasser, die Wälder und das Meer. Sie wollen ausbeuten, um reich zu werden und hinterlassen dabei Tod und Zerstörung. Sie wissen, dass dies ein guter Moment ist, in dem die Menschen jedwede Unterstützung und Halt brauchen. Und der Staat weiß diese Karte gezielt auszuspielen.

Wie können wir uns als solidarische Zivilgesellschaft aus dem Ausland konstruktiv einbringen?

Wir rufen weiterhin zu Spenden auf, damit Lebensmittel und Baumaterialien finanziert werden können. Es wäre gut, wenn diese Unterstützung länger anhalten würde.

Welche Bedeutung haben in diesen Kontexten die sozialen und ökologischen Forderungen des Nationalen Indigenen Kongresses CNI?

Der CNI sagt, dies ist der Moment des Wiederaufbaus der Gemeinschaften. Im Kontext dieser Katastrophe organisieren sich die Dörfer und Stadtteile, ohne den Staat und ohne die politischen Parteien. Sie solidarisieren sich untereinander und schaffen den Wiederaufbau in dieser Situation des politischen, ökonomischen, militärischen und ökologischen Unwetters. In diesem Sinne wird die Erde beben und die von Oben werden fallen.

Möchten Sie etwas ergänzen?

Nun, wir hier sagen, dass es angesichts der Zerstörung die mexikoweite und internationale Solidarität ist, die uns voran bringt. Wir können mit der Unterstützung der Menschen guten Herzens wirklich weiterkommen. Das bedeutet für uns Solidarität und es ist uns völlig egal, wo die Menschen leben, in welchem Teil von Chiapas, von Mexiko oder der Welt. Wir sind Brüder und Schwestern.

Vielen Dank für das Interview!

Interview: Luz Kerkeling, Gruppe B.A.S.T.A., September 2017

Weitere Infos: <http://cdhdignaochoa.blogspot.de/>

„Ich wollte nicht, dass er geht.“

Bericht über die Arbeit von CAMINOS A.C.

Juarez de Oaxaca. Es ist 4 Uhr früh und wir machen uns auf den Weg in ein etwa sechs Stunden von Oaxaca entferntes Dorf. Wir, das ist CAMINOS, *Centro de Acompañamiento a Migrantes A.C.*, eine NGO, die sich zur Aufgabe gemacht hat, Migrierende aus Oaxaca und ihre Familien zu unterstützen und zu betreuen. Ein Schwerpunkt ist die Unterstützung der Familien bei der Suche nach verschwundenen Migranten und Migrantinnen und die rechtliche und psychosoziale Begleitung der Familien. Jede/r dritter Oaxaquener bzw. Oaxaquenerin lebt außerhalb seines/ihrer Herkunftsstaates. Migration ist ein präsent Phänomen, dass die lokalen und familiären Strukturen beeinflusst und vor allem die armen und indigenen Bevölkerungsschichten betrifft.



Damit die Menschen von der Arbeit erfahren, hängt CAMINOS Plakate in den Gemeinden auf. Besonders in den Dörfern wissen die Menschen nicht, an wen sie sich wenden können, wenn ein Familienmitglied bei der Migration verschwindet.

Wir fahren mehrere Stunden, erst über befestigte Straßen, später auf Feldwegen. Die Fahrt ist beschwerlich, aber nicht so schwer, wie das, was uns noch bevorsteht. Wir sind mit Feliciano Lopez* verabredet. Seit 2005 hat er nichts mehr von seinem Sohn Antonio Lopez* gehört, der in die USA migrierte.

Die Entscheidung zu migrieren traf Antonio gemeinsam mit seiner Frau. Ihre Tochter war gerade zwei Jahre alt und wie so oft waren es ökonomische Gründe, die die junge Familie zu dieser Entscheidung bewegte. Sein Bruder lebte schon in Kalifornien, wo eine Vielzahl von Oaxaquener*innen leben und in der Erntearbeit beschäftigt sind. Lang blieb Antonio nicht, nach einem halben Jahr wollte er zurück – aus gesundheitlichen Gründen und auch, weil das Leben in den USA nicht

ganz seinen Vorstellungen entsprach. Es war kurz vor Weihnachten. Er stieg in einen Bus Richtung Mexiko. Doch er kam nie in Oaxaca an. Die Familie musste 12 Jahre warten, um zu erfahren warum.

Während wir draußen warten, kommt ein Herr auf uns zu – Neri Mendoza*, Vater eines Migranten, den wir vor ein paar Jahren gesucht und gefunden hatten. Sein Sohn wurde in den USA verhaftet und zu zwei Jahren Gefängnis verurteilt, seine Familie wurde nicht informiert.

Nicht selten werden Migrierende in Gefängnissen der USA festgehalten ohne dass die Familien davon Kenntnis tragen. Mit dem Inkrafttreten der Operation Streamline 2005 in den USA werden illegalisierte Migrierende kriminalisiert. Das illegale Übertreten der Grenzen beim zweiten Versuch gilt seitdem als Straftat und kann mit einer Gefängnisstrafe bis zu 5 Jahren geahndet werden. Die Kommunikation aus den Gefängnissen ist durch bürokratische Prozesse erschwert. In vielen Fällen müssen Telefonlisten erstellt und verifiziert werden, oft fehlt es an finanziellen Ressourcen, um Telefonate zu führen. Das Vergessen von Telefonnummern oder die Scham vor der Familie sind weitere Gründe, warum Verhaftete nicht mit ihren Familien kommunizieren.

Neri schenkt uns ein Lächeln und erzählt stolz von seinem Sohn. Die Familie nahm Kontakt mit ihm auf, nachdem sie von seiner Verhaftung erfahren hatte. Nach seiner Gefängnisstrafe kehrte er zurück und lebt heute mit seiner Familie in der Sierra von Oaxaca.

Es wird Zeit, mit Feliciano zu reden. Wir nehmen in einem Raum des Rathauses Platz. Feliciano sieht seinem Sohn ähnlich, die Gesichtszüge, vor allem aber die Augen. Er wirkt unruhig und nervös.

Wir werden ihm sagen, dass wir Berichte gefunden haben, die uns annehmen lassen, dass Antonio gestorben ist, nur 5 Tage nachdem er in den Bus Richtung Tijuana stieg. Es war ein Unfall in Mexiko. Nicht typisch, denn wenn wir nach Toten suchen, suchen wir an den Grenzstreifen, in der Wüste oder im Rio Grande, wo nach Schätzungen von Menschenrechtsorganisationen seit 1994 mehr als 11.000 Menschen ihr Leben gelassen haben, bedingt durch die restriktive Grenzpolitik und die Verdrängung der Migrierenden auf immer gefährlicheren Routen.

Während wir von der Suche berichten, ihm die einzelnen Schritte erklären, bleibt er ruhig, bewahrt die Haltung, schaut sich immer wieder die Bilder aus dem Polizeibericht an. Dann platzt es aus ihm heraus: „Ich wollte nicht, dass er geht. Es war seine Entscheidung.“

Obwohl Antonio seinen Ausweis mit Namen und Adresse dabei hatte, wurde seine Familie nie durch die mexikanischen Behörden informiert. Stattdessen wurde er in einem Gemeinschaftsgrab in Tijuana beigesetzt. Wir haben ihn über die Suche im Internet in einer Datenbank für nicht identifizierte und reklamierte Körper von SEMEFO gefunden. Es brauchte nur ein paar Klicks - 12 Jahre später.

Die Suche nach vermissten Migrierenden ist langwierig und komplex. Sie beinhaltet die Rekonstruktion des Weges und das Durchsuchen verschiedenster Datenbanken auf US-amerikanischer und mexikanischer Seite, Telefonate, Emails etc.. Im Falle von Antonio hatten wir in kurzer Zeit Ergebnisse. Umso schlimmer, dass die Familie so lange nichts von ihm wusste. Es fehlt an Mechanismen zur Suche, an Verantwortlichen, die sich der Suche annehmen, an dem Wissen, wohin sich betroffene Familien wenden können.

„Ihr könnt seinen Namen von der Liste der Verschwundenen streichen“, sagt Feliciano zu einem Mitarbeiter der Gemeinde, der beim Gespräch anwesend ist. So einfach ist das nicht, die Sterbeurkunde fehlt noch. Er kann jetzt aber eine Messe für ihn ausrichten. So schmerzhaft die Nachricht ist, so hat seine Familie nun Gewissheit und die Möglichkeit einen Trauerprozess zu beginnen und abzuschließen, während hunderte andere Familien dies nicht können und mit der Ungewissheit, was mit ihren Familienangehörigen passiert ist, leben.

Die Tradition und der Umgang mit dem Tod sind kulturell stark geprägt. Die Toten in der Nähe zu haben, ist für viele Familien wichtig. Wir sprechen darüber, dass es die Möglichkeit gibt, eine Rückführung des Körpers zu beantragen. Noch wissen wir

nicht, welche Kosten auf die Familie zukommen, ahnen aber, dass, obwohl es sich offensichtlich um einen Fehler von Seiten der Behörden handelt, die Familie die Kosten für Reisen, Exhumierung und Rückführung selbst übernehmen müssen. Wir bieten unsere Unterstützung in dem Prozess der Rückführung an, wenn die Familie sich dazu entscheidet. Feliciano hört sich alles an, verabschiedet sich dann aber sehr schnell und fährt davon.

Ein Mitarbeiter der Gemeinde erzählt uns von einem weiteren Fall, ob wir nicht dort auch vorbeischauchen könnten. In einem Laden am Straßenrand finden wir die Ehefrau des vermissten Migranten. Auf die Frage, ob es viele Fälle von vermissten Migrierenden gibt, nickt sie nur: „Ja, sehr viele.“ Wir setzen uns und beginnen das Interview.

Erst spät in der Nacht kommen wir zurück nach Oaxaca. Am nächsten Tag klingelt das Telefon. Es ist Feliciano. Er möchte die Rückführung des Körpers seines Sohnes Antonio Lopez.

Joana Lieball, Caminos A.C.

*Namen geändert

Spenden: Unterstützt die Arbeit von Caminos A.C.!

Im Dezember startet wieder unsere jährliche Spendenaktion. Informationen findet ihr auf unserer Internetseite unter:

www.caminosoaxaca.wordpress.com/ oder auf Facebook [facebook.com/caminosac](https://www.facebook.com/caminosac).

die neozapatistische bewegung bewegt viele unserer bücher

**edition
assemblage**

www.edition-assemblage.de

JA'UN TA YAN BALUMIL – SER INTERNACIONALISTA – VON ANDERER WELT

Politische Bildung im zapatistischen Caracol Oventik, in Chiapas/Mexiko

Als Kollektiv von Internacionalistas organisieren wir – gemeinsam mit den Zapatistas – zwei Mal im Jahr einen Aufenthalt im zapatistischen Caracol Oventik. Der Aufenthalt beinhaltet drei Wochen Sprachkurs in Spanisch oder Tsotsil – einer der Maya-Sprachen – im CELMRAZ, dem Sprachenzentrum für Internacionalistas, das Teil der zapatistischen autonomen Bildung ist – plus einer Woche Vor- und Nachbereitung in Chiapas.

Es geht uns allen um einen direkten Austausch mit den Compañeras, Compañeros Zapatistas, um die materielle, praktische Unterstützung der zapatistischen Autonomiestrukturen und die spätere Weitervermittlung des politischen Erfahrenen.

Teilnehmen können alle, die politisch, internationalistisch orientiert und organisiert sind, kollektive Erfahrungen haben und/oder machen wollen: Junge und ältere Compañeras, Compañeros, für die Internationalismus kein Abenteuer ist.

Bedingungen für die Teilnahme an der Reise und den Aufenthalt im Caracol

Teilnahme an beiden Vorbereitungsseminaren in der BRD;
Grundkenntnisse in Spanisch; Akzeptanz und praktische Respektierung der zapatistischen Organisation und Regeln vor Ort; Bereitschaft zum Zuhören und zum Austausch; solidarisches, respektvolles Verhalten untereinander.
Einzelne, die vorhaben, selbst organisiert nach Chiapas zu reisen, können von uns ebenfalls die Autorisierung erhalten, einen Sprachkurs im CELMRAZ im Caracol Oventik zu machen. Für diese gelten gleichfalls die oben genannten Bedingungen.
Die Teilnahme an beiden Vorbereitungsseminaren ist obligatorisch.

organisiert von colectivo gata-gata.



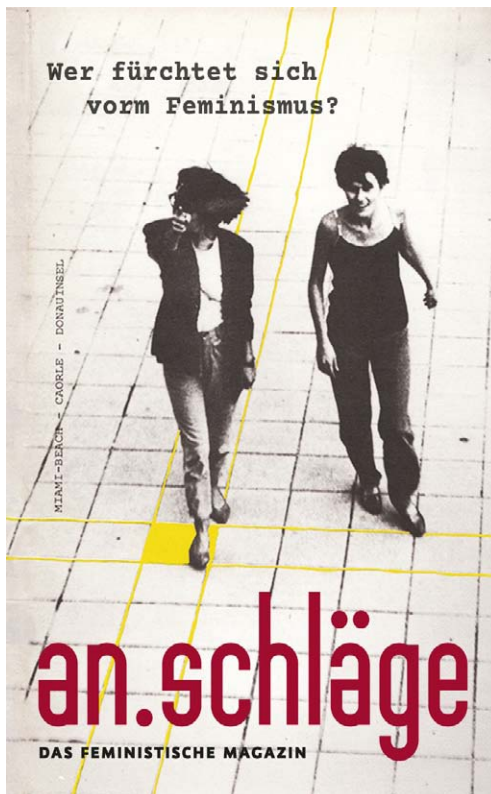
Vorbereitungsseminare: 18. – 21.1.2018 und 8. – 11.3.2018

Aufenthalte in Chiapas: 2.5 – 3.6.2018; 3.10. – 4. 11.2018

Kosten (ohne Flug): 1.200 € für Sprachkurs, Essen, Unterkunft, Transport

Kontakt: balumil@gmx.com

Mehr Informationen: <http://balumil.blogspot.de/>



www.anschlaege.at



Repression und Widerstand in Honduras

Obwohl sich die Menschenrechtslage in Honduras seit dem Putsch von 2009 - mit unverhohlener Unterstützung der deutschen FDP-nahen Friedrich-Naumann-Stiftung - kontinuierlich verschlechtert hat, gibt es weiterhin vielfältige Formen des Widerstands gegen das repressive und neoliberale Regime. Doch im Vorfeld der Wahlen im November 2017 ist mit noch härterer Repression zu rechnen. Indigene und Kleinbäuer*innen verteidigen ihr Land und ihre Umwelt gegen Raubbau und Landgrabbing, obwohl sie verfolgt und kriminalisiert werden. Kritische Journalist*innen und Anwält*innen prangern trotz Einschüchterung und Behinderung ihrer Arbeit das erschreckende Ausmaß der Straflosigkeit an. Im Artikel soll ein Überblick über einige aktuelle Ereignisse in Honduras gegeben werden.

Wasserkraftprojekt Agua Zarca liegt auf Eis

Die finnischen und niederländischen Kreditgeber FinnFund und FMO verkünden am 6. Juli 2017 ihren definitiven Ausstieg aus diesem Projekt. Am selben Tag erklärt auch die Betreiberfirma DESA, das Projekt Agua Zarca einzustellen, als Beitrag zur Befriedung der Region. Sie beteuert nach wie vor, nichts mit dem Mord an Berta Cáceres zu tun zu haben. Ihre Kommunikationsabteilung bedauert, dass mit dem Stillstand des Projekts auch all die begonnenen sozialen Projekte für die Gemeinden innerhalb der Einflusszone brach lägen, geschaffene Arbeitsplätze verloren seien und der Entwicklung des Landes ein Schaden zugefügt worden sei. Im August bestätigt dann auch Voith Hydro, ein Konsortium der deutschen Firmen Siemens und Voith und vertraglicher Lieferant für Turbinen und Knowhow, seinen Rückzug aus dem Projekt.

Für Bertas Familie und COPINH ein längst überfälliger Schritt. Andrea Lammers, Mitarbeiterin des Ökumenischen Büros für Frieden und Gerechtigkeit, kritisiert, die beteiligten Banken sollten auch ihre Verantwortung anerkennen, sich öffentlich entschuldigen und die Gemeinden angemessen entschädigen.

Prozessaufakt gegen die Mörder von Berta Cáceres

Sechzehn Monate nach dem Mord kommt es nun also zum Prozess gegen die ersten vier Angeklagten Sergio Rodriguez, Douglas Bustillo, Mariano Díaz Chávez und Elvin Rápalo. Rodriguez war Geschäftsführer für Soziales und Umwelt und Bustillo ehemaliger Sicherheitschef der Firma Desarrollo Energético S.A, kurz DESA, der Betreiberfirma für das Wasserkraftwerk Agua Zarca. Gegen dessen Bau auf indigenem Gemeindeland kämpfte Berta Cáceres bis zu ihrer Ermordung. Mariano Díaz war Major der honduranischen Armee und Rápalo gilt als einer der Auftragskiller. Bertha Zúniga Cáceres, Tochter der Ermordeten und seit Ende April 2017 die neugewählte Koordinatorin von COPINH, erklärt zu Bustillo, er

sei derjenige, der mehrfach ihre Mutter und auch andere COPINH-Aktivist*innen bedroht hatte. Zúniga kritisiert, die Staatsanwaltschaft würde die Angeklagten als alleinige Verantwortliche für den Mord ansehen. Demgegenüber wollen die Anwälte der Familie und von COPINH die Anklage auf Bildung einer kriminellen Vereinigung ausweiten, da, so Berta Zúniga, „der Mord von langer Hand geplant wurde, in einem Zusammenwirken von Betreiberfirma mit Staatsagenten und Auftragskillern.“



Bertha Zúniga Cáceres bei einer Protestaktion gegen Repression

"Verschwundene" Ermittlungsakten - "definitiv sehr mächtige Menschen involviert"

Während der Ermittlungsmonate wurde im August 2016 im Büro der Anwälte von COPINH eingebrochen, danach fehlten einzig die Unterlagen zum Mordfall Cáceres. Ende September 2016 wurde das Auto der ermittelnden Richterin in Tegucigalpa gestohlen. Darin lag die komplette Original-Ermittlungsakte zum Mordfall Cáceres.

COPINH

Der "Zivile Rat der Basis- und Indígena-Organisationen von Honduras" COPINH setzt sich für Umweltschutz, Frauen-, Indígena- und Menschenrechte ein und strebt nach einer basisdemokratischen Gesellschaft.

Weitere Infos (spanisch): <https://copinh.org>

Gemeinden aus dem Departamento La Paz fordern einen bergbaufreien Bezirk „Für das Leben, nein zum Bergbau!“ Nachdem in COPINH organisierte Gemeinden mehrfach ihre Sorge zu den Bergbaukonzessionen in den Bezirken La Paz und Cane mitgeteilt hatten, erklärten die Bürgermeisterin und ihre Gemeindevertreter*innen, dass sie in ihrer Amtszeit keine Bergbaugenehmigungen erteilen würden. Das weitere Vorgehen wird in Gemeindeversammlungen diskutiert.

Gemeinschaftliche Radios gefährdet

Ende Juli wurden erneut die „gemeinschaftlichen Radios“ der Garifunas von einer Schließung durch die Nationale Kommission für Telekommunikation bedroht, diesmal geht es um das Radio Comunitaria Waruguma. In dem Schreiben der Kommission wird das Radio als rebellisch beschrieben. Das Netzwerk der Garifuna-Radios macht deutlich, dass es den Ansprüchen an kommunale Radios entspricht, ein Informationsmedium zu sein, das zudem die kulturelle Identität fördert.

Studierendenproteste

Seit 2014 wehren sich Student*innen der Autonomen Universität UNAH in Tegucigalpa, San Pedro Sula und in anderen honduranischen Städten gegen die Privatisierung der Bildung und die Verschlechterung ihrer Studienbedingungen. Der Staat antwortet mit massiver Repression, Kriminalisierung, Verhaftungen bis hin zu Morden. Das Honduras Forum Schweiz berichtet über brutale Polizeigewalt, illegale Verhaftungen und Anklagen gegen Menschenrechtsverteidiger*innen, Journalist*innen und Studierende der Nationalen Universität

In Tegucigalpa, Honduras, wurden am 8. September 2017 im Rahmen der gewaltsamen Repression gegen Studierende der Nationalen Universität (UNAH) zwölf Personen von der Polizei misshandelt, verletzt und festgenommen. Pikant ist, dass ein Teil der Inhaftierten unter dem Schutz der Nationalen Kommission für Menschenrechte (CONADEH) standen und die Gruppe aus einem Kleinbus derselben Institution herausgezerrt und verhaftet wurde.

Das Honduras Forum Schweiz ist äußerst besorgt über diese gravierenden Menschenrechtsverletzungen und die wiederholte Stigmatisierung und Kriminalisierung von Menschenrechtsverteidiger*innen in Honduras. Es fordert die honduranischen Behörden auf, zu den Grundsätzen der Rechtsstaatlichkeit zurückzukehren und die Menschenrechte zu respektieren.

graswurzel revolution



Probeheft kostenlos:
www.graswurzel.net

Was sie
sich wohl
zu sagen
gehabt
hätten?

Diese spannende Frage
wird gesponsort vom
Druckereikollektiv



FAIRDRUCKT



Fair-Wear-Shirts
mit Botschaft auf
www.fairdruckt.de

Wir drucken auch
Eure Motive!

(Siebdruck ab 20
Exemplaren, bis zu drei
Farben, Farben ohne
Lösungsmittel)

info@fairdruckt.de

Den Studierenden geht es nicht nur um mehr Mitbestimmung an der Universität, sie wehren sich auch gegen die zunehmende Repression und die schleichende Abschaffung des Rechtsstaates in Honduras. In den letzten Monaten war es an der Universität zu verschiedenen gewalttätigen Auseinandersetzungen gekommen, bei denen private Sicherheitskräfte und die Militärpolizei eingesetzt wurden. Zahlreiche Studierende wurden juristisch verfolgt und vom Studium ausgeschlossen, ein Student wurde unter ungeklärten Umständen ermordet.

Im Hinblick auf die anstehenden Wahlen im November 2017 ist eine starke Zunahme der Gewalt gegen Menschenrechtsverteidiger_innen und Medienschaffende zu beobachten. Eine Wiederwahl des aktuellen Präsidenten ist zwar verfassungswidrig, soll aber mit Repression und Wahlbetrug erzwungen werden. Das Honduras Forum Schweiz fordert die internationale Gemeinschaft deshalb auf, eine allfällige Wiederwahl des amtierenden Präsidenten aufgrund ihrer Verfassungswidrigkeit nicht anzuerkennen.

Momo (Ya-Basta-Netz), 9.9.2017

Weitere Infos: <http://hondurasdelegation.blogspot.de>

Starke Repression bei Mobilisierung der Indigenen in Kolumbien

Einhaltung von Vereinbarungen durch die Regierung Santos gefordert. Schusswaffeneinsatz gegen Protestierende. Indigene Schutztruppe nimmt 17 Polizisten fest. Die Indigenen forderten die Regierung von Kolumbien auf, getroffene Vereinbarungen umzusetzen.



Bogotá. Die Sicherheitskräfte in Kolumbien haben eine landesweite einwöchige Mobilisierung von 100.000 Indigenen mit unkonventionellen und tödlichen Waffen massiv attackiert und dabei mindestens 40 Verletzte hinterlassen. Dies berichtet die nationale Organisation der Indigenen (Onic). Die Aktivisten hatten ab dem 30. Oktober wichtige Landstraßen blockiert. Dabei forderten sie von der Regierung unter Präsident Juan Manuel Santos, nie umgesetzte Vereinbarungen einzuhalten. Inhalt der Abmachungen ist unter anderem die Selbstbestimmung innerhalb der indigenen Schutzzonen, der Zugang zum Gesundheits- und Bildungssystem sowie Sicherheitsgarantien wegen der zunehmenden Morde an indigenen Anführern.

Bevor am Sonntag der Innenminister der Forderung nachkam, wieder einen runden Tisch mit den indigenen Organisationen zu eröffnen, hatte die Regierung die Sondereinheit zur Aufstandsbekämpfung (Esmad) und die Streitkräfte gegen die Proteste eingesetzt. Die Esmad habe unkonventionelle Waffen wie wiederaufgefüllte Gas- und Paint Ball Patronen verwendet. Auch in der Vergangenheit hat diese Polizei-Sondereinheit mit Schießpulver, Glasmurmeln und anderen Materialien gefüllte Patronen auf Demonstranten geschossen, deren Splitter schwere Verletzungen verursachen.

Die Sicherheitskräfte hätten die Proteste wie einen Krieg behandelt, klagt die Onic. Sogar mit Schusswaffen sollen sie die Protestierenden angegriffen haben. Im Departamento Risaralda haben die Demonstranten verlangt, dass die Polizei das Gebiet der Protestaktionen räumt. Da sie dem nicht nachkam, hat eine indigene Schutztruppe 17 Polizisten festgenommen und entwaffnet. Später haben sie die Beamten freigelassen und vor dem Ombudsmann deren Langwaffen zurückgegeben.

Besorgniserregend fanden die indigenen Gemeinden im Departamento Cauca ein Pamphlet, das am Samstag zirkulierte und dazu aufrief, gegen die "unverschämten Blockaden" der regionalen indigenen Organisation Cric "mit Steinen, Stangen, Schlägern und sogar Schusswaffen" zu agieren, um Popayán, die Hauptstadt Caucas, "zurückzugewinnen". Die Urheber des Schriftstücks drohten, dass sie "die Cric-Einrichtungen und -Kraftfahrzeuge plündern, zerstören und zu Asche machen" würden, sollten die Indigenen bis zum 7. November die Blockaden nicht auflösen.

Zum Forderungspaket der Protestierenden gehört, dass die indigenen Gemeinden die Funktion der Umweltbehörde in ihren Schutzgebieten übernehmen. Das entsprechende Dekret hatte das Umweltministerium im März fertig vorbereitet, aber multinationale Unternehmen sollen den Erlass gestoppt haben, informiert La Silla Vacía. Interessen von Bergbaufirmen wie Anglo American in Putumayo oder Anglogoldashanti in Cauca könnten von solch einer Veränderung betroffen sein.

Alte regionale Forderungen haben mit der Zuteilung von Ländereien für Indigene im Cauca zu tun. Vor zwei Jahrzehnten haben ihnen die damaligen Regierungen Grundstücke als Entschädigung für ein Massaker zugesagt, an dem die Polizei beteiligt war. Doch obwohl die betroffenen Gemeinden immer weniger Land zum Anbau haben und eigene Ländereien an die Agroindustrie verloren haben, haben sie das Land nicht vollständig zugeteilt bekommen.

Nachdem der Innenminister sich am Sonntag zu neuen Gesprächen über die Forderungen der Indigenen ab dieser Woche verpflichtet hat, haben die Protestierenden in Cauca die Blockaden an der Panamericana-Schnellstraße aufgehoben. Sie warnten allerdings, die Straße wieder zu blockieren, sollten die Gespräche mit der Regierung diese Woche keine konkreten Fortschritte ergeben.

Hans Weber, amerika21, 9.11.2017

<https://amerika21.de/2017/11/188878/indigene-mobilisierung-kolumbien>

--> Informationen zum CRIC: www.cric-colombia.org



www.amerika21.de

Kurznachrichten

Unternehmen und Staat in Honduras verantwortlich für Mord an Berta Cáceres

"Der honduranische Staat hat genügend Beweismittel in der Hand, um die Hintermänner des Mordes an Berta Cáceres und des versuchten Mordes an Gustavo Castro strafrechtlich zu verfolgen. Das ist bisher jedoch nicht passiert", betonte Roxanna Altholz, Dozentin an der University of California am 30. Oktober 2017 bei einer Pressekonferenz in der honduranischen Hauptstadt Tegucigalpa. Zwanzig Monate nach dem Mord an der bekannten honduranischen Umwelt- und Menschenrechtsaktivistin Berta Cáceres veröffentlichte die internationale Beratungsgruppe unabhängiger Expert*innen (Grupo Asesor Internacional de Personas Expertas - GAIPE) einen knapp 90-seitigen Bericht, der einen guten Teil des Komplotts zur Ermordung von Cáceres aufdeckt. Hauptbeteiligte sind demnach die Leitung des Unternehmens Desarrollos Energéticos S.A. (Desa) und staatliche Sicherheitskräfte. Die erfahrenen Jurist*innen fanden klare Indizien für das Ziel der Operation: Die Eliminierung von Cáceres' Organisation COPINH (Ziviler Rat der Basis- und Indígena-Organisationen von Honduras) und des Widerstandes gegen das von der Desa geplante Wasserkraftwerk Agua Zarca. GAIPE hatte sich im November 2016 auf Anfrage von Familienangehörigen der ermordeten Cáceres und von COPINH gegründet, nachdem zu erkennen war, dass der honduranische Staat einer offiziellen Untersuchungskommission im Auftrag der Organisation Amerikanischer Staaten (OAS) oder der Vereinten Nationen nicht zustimmen würde. (Quelle: amerika21.de 3.11.2017)

Mehr Morde unter Präsident Enrique Peña Nieto

Zwischen Januar und Oktober 2017 wurden laut mexikanischen Behörden über 18.500 Menschen ermordet. Dies entspricht mehr als 68 Morden pro Tag. Derartige Zahlen wurden nicht einmal unter Ex-Präsident Calderón von der rechts-neoliberalen Partei der Nationalen Aktion (PAN - über die Konrad-Adenauer-Stiftung als "Schwesterpartei" mit CDU/CSU verbunden) während seiner Amtszeit von 2006 bis 2012 erreicht. Die intellektuell höchst defizitäre und gleichzeitig hoch korrupte Calderón-Administration hatte mit ihrer dumpfen militaristischen Ausrichtung die Gesellschaft in Mexiko in einen regelrechten Kriegszustand gezwungen.

Die Gründe für die weiter zunehmende Gewalt sind divers: Das Zerschlagen mächtiger Drogenkartelle, das Auftauchen neuer Mafias, eine drastisch gestiegene Heroin-Nachfrage in den USA, doch auch die Agonie und Unfähigkeit des Staates. Daneben sind die Regierungswechsel in vielen Bundesstaaten ein Faktor, der die Gewalt fördert. Die alten "Deals" zwischen regionalen Machthabern und der organisierten Kriminalität werden jeweils neu "ausgehandelt". Die Hauptursachen für die

zunehmende Gewalt sind defizitäre Sicherheitsstrategien, zersplitterte kriminelle Organisationen und zunehmend diversifizierte illegale Aktivitäten. 2017 wird damit offenbar das Jahr mit den meisten Morden in der Geschichte Mexikos. Die Revierkämpfe konkurrierender Drogenkartelle verlagern sich zunehmend auch in Regionen, in denen es lange Zeit eher ruhiger war. Die Gewalt hat ganz Mexiko erfasst, auch die bei Tourist*innen beliebten Regionen.

Die Regierungspolitik verbessert die Situation nicht. Es gibt nachweislich große Schnittmengen zwischen Kriminellen und Staatsbediensteten, anders würde der "nicht-legale Teil des Kapitalismus" gar nicht funktionieren, wie soziale Aktivist*innen immer wieder betonen. Sie rechnen mit zunehmender Gewalt im kommenden Jahr. 2018 finden die Präsidentschaftswahlen statt und die Eliten - ob legal oder illegal - fürchten um ihre Privilegien und gehen immer wieder brutal gegen soziale Bewegungen vor, die für emanzipatorische Verbesserungen in ihren Dörfern und Städten kämpfen. All dies geschieht in einem Kontext von 98 Prozent Straflosigkeit, eine bittere Statistik, die selbst staatliche Quellen einräumen. (Quelle: Colectivo Magonista, Mexiko-Stadt 30.10.2017)

Massaker von Acteal jährt sich zum 20. Mal

Am 22. Dezember 1997 wurden in Acteal, im Bezirk Chenalhó, Chiapas, 45 Menschen von Paramilitärs erschossen oder zu Tode geprügelt. Polizei und Militär, die sich in Hörweite aufhalten, blieben während des stundenlang andauernden Tötens untätig. Ausgebildet und ausgerüstet wurden die Täter nachweislich vom mexikanischen Staat. Bis heute fordert die pazifistische pro-zapatistische Organisation "Las Abejas", die auch Teil des Nationalen Indigenen Kongresses CNI ist, dass die wirklichen Verantwortlichen aus höheren Regierungsebenen für ihre Verbrechen zur Rechenschaft gezogen werden.

Eine minutiöse Aufarbeitung liefert das Buch von Hermann Bellinghausen: Acteal - ein Staatsverbrechen, Unrast-Verlag Münster. Weitere Infos zur Organisation "Las Abejas": <http://acteal.blogspot.de> (Quelle: Redaktion Tierra y Libertad)

Online-Video-Kanal der EZLN

Es gibt inzwischen einen Online-Video-Kanal der EZLN. Dort werden Videos sowohl von den zapatistischen Gemeinden selbst als auch von sympathisierenden Aktivist*innen veröffentlicht:

=> <https://www.youtube.com/user/EnlaceZapatistaTV>

Zweiter kritischer Wissenschaftskongress "ConCiencias" in Chiapas

Ende Dezember findet der zweite kritische Wissenschaftskongress "ConCiencias" in Chiapas statt: Information über die zweite Edition von 'ConCiencias por la Humanidad' mit dem Thema 'Die Wissenschaften angesichts der Mauer', die vom 26. bis 30. Dezember 2017 im CIDECI-UniTierra, San Cristóbal de Las Casas, Chiapas, Mexiko, begangen wird. Bis zum jetzigen Zeitpunkt haben 51 Wissenschaftlerinnen und Wissenschaftler aus sieben Ländern ihre Teilnahme bestätigt: Deutschland, Österreich, Kanada, USA, Frankreich, Mexiko und Uruguay. Die Bereiche, in denen sie aktiv sind, sind folgende: Agrarökologie, Astrophysik, Astronomie, Biologie, Biochemie, Kosmologie, Ökologie, Bodenkunde, Ethnomikrologie, Physik, Genetik, Geophysik, Mathematik, Medizin, Mikrobiologie, Neurowissenschaften, Optik, Chemie, Vulkanologie. Am 26. Dezember 2017 findet die Registrierung der Wissenschaftler*innen und der Teilnehmenden statt. Die Aktivitäten beginnen am 27. Dezember und enden am 30. Dezember 2017. Die Mailadresse zur Registrierung als Zuhörer-Schauer*in ist: conCIENCIAS@ezln.org.mx

(Quelle: Unterstützungsteam der VI. Kommission der EZLN, <http://enlacezapatista.ezln.org.mx/2017/11/07/segunda-edicion-del-conciencias-por-la-humanidad-con-el-tema-las-ciencias-frente-al-muro/>)

Sabotage gegen die Präsidentschaftskandidatin "Marichuy" vom Indigenen Regierungsrat CIG

Seit Beginn der Bemühungen, als unabhängige Präsidentschaftskandidatin für die Wahlen 2018 antreten zu können, wird die Kandidatur von Maria de Jesús Patricio vielfachen Sabotageakten unterworfen. Etwa 900.000 Unterschriften von Unterstützer*innen sind notwendig, damit ihre Kandidatur rechtsgültig wird. Die Registrierung ist nur über Smartphones realisierbar, eine extrem ausschließende Voraussetzung, da viele Menschen auf dem Land erstens keine monetären Mittel haben, sich ein entsprechendes Handy anzuschaffen und es zweitens häufig keinen ausreichenden Empfang gibt. Die vom Nationalen Wahlinstitut INE genutzte App funktioniert oft gar nicht oder nur schlecht. Als Marichuy im Oktober 2017 Chiapas bereiste, fiel in Städten wie Altamirano das Internet komplett aus, obwohl es dort generell problemlos funktioniert. Zudem gibt es immer wieder Berichte, dass Marichuy und die weiteren Mitglieder des Indigenen Regierungsrates bei ihren Mobilisierungsreisen beschattet und belästigt werden. Nichtsdestotrotz bemühen sich mexikowide Tausende Unterstützer*innen und die Vereinigung "Llegó la hora del florecimiento de los Pueblos A.C.", der viele linke Intellektuelle, Aktivist*innen und Künstler*innen angehören, die juristischen Bedingungen zu erfüllen, damit Maria de Jesús Patricio legal wählbar ist.

Weitere Infos: llegolahoradelflorecimientodelospueblos.org.mx
(Quelle: Redaktion Tierra y Libertad)



Foto: Ankunft des CIG in La Garrucha, 16.10.2017

Hochgefährliche Pestizide in Mexiko

Spätestens seit 1962, als Rachel Carsons einflussreiches Buch „Der stumme Frühling“ erschienen war, weiß man, dass Pestizide die Umwelt zerstören. Ende der 1960er Jahre gab es erste Hinweise, dass bestimmte Pestizide Krebs erzeugen. In einem zähen, jahrzehntelangen Kampf hat das *Pesticide Action Network (PAN)*, ein auf 5 Kontinenten aktives Netzwerk, erreicht, dass der Begriff „hochgefährlicher Pestizide“ (HHPs in englischer Abkürzung) als offizieller Fachbegriff anerkannt wurde - zum Leidwesen der Chemiekonzerne. Im Jahr 2006 erklärte der Rat der Welternährungsorganisation (FAO), dass sich die FAO auch für ein schrittweises Verbot von HHPs einsetzen „könnte“.

Immer wieder aktualisiert, veröffentlicht PAN seit 2009 eine Liste der weltweit im Einsatz befindlichen HHPs (www.pan-germany.org/deu/projekte/hochgefaehrliche_pestizide.html). Im vorigen Jahr erschien die 6. Auflage dieser Liste, in der 297 verschiedene Wirkstoffe genannt werden. Zehn Jahre nachdem die FAO ein schrittweises Verbot von HHPs als Möglichkeit verkündet hat, sind – insbesondere in den Ländern des globalen Südens – nur sehr kleine Schritte gegangen worden.

Als „hochgefährliche Pestizide“ (HHPs) sind solche definiert, die – offiziell anerkannt – bestimmte besonders gefährliche Eigenschaften aufweisen. Zu diesen Eigenschaften zählen die Einstufung als krebserregend, erbgutschädigend, das ungeborene Leben schädigend, hormonverändernd, eine sofortige tödliche Wirkung oder eine besondere Anreicherung in der Umwelt aufweisend sowie eine hohe Giftigkeit für Bienen und für Wasserorganismen. Als „offizielle Anerkennung“ gilt die Einstufung in die zuvor genannten Gefahrenkategorien durch europäische Behörden, die US-Umweltbehörde EPA, die Krebsagentur der WHO (IARC) oder eine Listung in völkerrechtlichen Abkommen wie der Stockholmer und der Rotterdamer Konvention und des Montreal-Protokolls.

Mexiko als Beispiel

Während in der EU, wenn auch zögerlich, immer wieder das eine oder andere besonders kritische Pestizid aus dem Verkehr gezogen wird, hat sich das auf die Vermarktung im globalen Süden bislang kaum ausgewirkt (1). Stellvertretend für die Länder des globalen Südens, lässt sich dies am Beispiel von Mexiko illustrieren. Verwendet man die statistischen Daten der FAO (2012-2014, die jüngsten verfügbaren Jahre), ergibt sich auf die Fläche bezogen für Mexiko ein 20% höherer Pestizideinsatz im Vergleich zu Deutschland. Dramatisch ist jedoch der Unterschied in der Unterkategorie der besonders giftigen Insektizide: Hier wurden mit 1,5 kg pro Hektar, also auf die Fläche bezogen, 19-mal mehr Insektengifte ausgebracht als in Deutschland. Das ist besonders deshalb kritisch, weil die Landarbeiter_innen und Bäuer_innen bei exorbitant höherer Einsatzmenge in aller Regel so gut wie ungeschützt mit

hochgiftigen Stoffen umgehen und oftmals eine sachgerechte Entsorgung fehlt. Restmengen gelangen auf diese Weise konzentriert in die Umwelt und leere Behälter werden nicht selten zweckentfremdet genutzt. Dabei gibt es in dem von FAO und WHO (2014) gemeinsam herausgegebenen *International Code of Conduct on Pesticide Management* (2) klare Empfehlungen an die Pestizidindustrie, unter anderem:

- Produkte so zu verpacken und zu etikettieren, dass die Risiken für Anwender, die Öffentlichkeit und die Umwelt minimiert werden;
- Pestizide zu vermeiden, deren Handhabung und Anwendung persönliche Schutzausrüstung erforderlich macht, die insbesondere für Kleinbäuer_innen und Landarbeiter_innen in heißen Klimazonen unbequem, teuer oder schwer erhältlich ist;
- sicher zu stellen, dass die Informationen auf den Etiketten, den Sicherheitsdatenblättern und in der technischen Literatur das Ergebnis von wissenschaftlichen Tests und Bewertungen verlässlich widerspiegelt;
- (in Zusammenarbeit mit der Regierung): Dienste zu schaffen, die benutzte Behälter und kleine Restmengen von Pestiziden sammeln und sicher entsorgen;
- (in Zusammenarbeit mit der Regierung): bei den Pestizid-Benutzern dafür zu sorgen dass sie das nötige Bewusstsein und die nötigen Kenntnisse darüber haben, wie Gesundheit und Umwelt vor möglichen negativen Auswirkungen der Pestizide geschützt werden können.

Mit diesen Empfehlungen wird letztendlich nur dem völkerrechtlich verankerten Menschenrecht auf das (für das betreffende Land) „erreichbare Höchstmaß an körperlicher und geistiger Gesundheit“ (3) Rechnung getragen – zu gewährleisten durch sichere Nahrungsmittel und durch die Vermeidung des Ausgesetztseins gegenüber gefährlichen Substanzen am (landwirtschaftlichen) Arbeitsplatz. In Mexiko sind besonders die *Jornaleros* und *Jornaleras*, die landwirtschaftlichen Wanderarbeiter_innen, von der Verletzung dieses Menschenrechts betroffen. Im mexikanischen Bundesstaat Guerrero betreut das Menschenrechtszentrum Tlachinollan diese Gruppe von Menschen, die alljährlich von November bis März auf den Feldern von Sinaloa und anderen nördlichen Bundesstaaten schuftet (4).

Deutsche Chemieriesen verdienen daran – auch in Mexiko

Mit einem gemeinsamen Anteil von rund der Hälfte am globalen Pestizidverkauf - Syngenta 19%, Bayer CropScience 17%, BASF 11% (PAN Germany 2012) - beherrschen diese drei Konzerne maßgeblich den Weltmarkt. Zwei dieser Konzerne sind deutsche Unternehmen. Beide vertreiben Pestizide in Mexiko. Bayer hat ferner zwei Produktionsstandorte in Mexiko, die für die Sparte Landwirtschaft (Cropscience) tätig sind (5).

An Pestiziden wird zum Teil unter Einsatz irreführender Angaben verdient. Eine erste, auf den Bayer-Konzern bezogene Recherche ergab, dass bei vier Pestizidwirkstoffen, die in Europa entweder verboten oder als besonders gefährlich ausgewiesen sind, eine entsprechende Ausweisung dieser Gefährlichkeit in den entsprechenden mexikanischen Unterlagen unterlassen oder sogar explizit verneint wird (siehe Tabelle).

Hinzu kommt, dass die Unternehmen in Mexiko Pestizide vertreiben, die in der EU nicht ohne Grund verboten sind. Dazu gehören die von der BASF produzierten Insektizide Chlorfenapyr, Fipronil, Flufenoxuron, Imazethapyr, sowie das Fungizid Tridemorph.



Bayer-Werbung in Chiapas: "Wenn es Bayer ist, ist es gut."

Produkte von Bayer Cropscience, die den Sicherheitsdatenblättern* in Mexiko als ungefährlich charakterisiert werden

Wirkstoff	Präparat in Mexiko	Gefahrenkennzeichnung in der EU	Charakterisierung in Mexiko
Carbaryl (Insektizid) in EU verboten	Sevin	möglicherweise krebserregend	allgemeiner Hinweis auf mögliche irreversible Gesundheitsschäden
Carbendazim (Fungizid) in EU zugelassen	Derosal	wahrscheinlich krebserregend; wahrscheinlich erbgutschädigend	nicht krebserregend; nicht erbgutschädigend
Glufosinat (Herbizid) in EU zugelassen	Finale	wahrscheinlich schädigend für das ungeborene Leben	nicht schädigend für das ungeborene Leben
Tebuconazol (Fungizid) in EU zugelassen	Folicur	möglicherweise schädigend für das ungeborene Leben	nicht schädigend für das ungeborene Leben

*Sicherheitsdatenblätter werden von Pestizid-Unternehmen für ihre Produkte erstellt und liefern den Nutzern spezifische Informationen über die von ihnen ausgehenden Gefahren.

Fazit

Aus dem Gesagten lässt sich ableiten, dass deutsche Unternehmen gegen internationale Richtlinien verstoßen und mit dem Vertrieb von HHPs die Gesundheit der mexikanischen Bevölkerung gefährden, wie sie es aller Wahrscheinlichkeit nach auch in anderen Ländern tun. Dem seit über zehn Jahren existierenden Ruf der FAO, die HHPs aus dem Verkehr zu ziehen wurde bislang nur ungenügend gefolgt, am wenigsten dort, wo es besonders nötig wäre. Die dramatische Situation in Mexiko wird auf knapp 400 Seiten in einem kürzlich erschienenen Buch ausführlich dokumentiert (6)

Peter Clausing

Peter Clausing moderiert die Chiapas98-Liste (www.chiapas.eu) und ist im Vorstand von PAN Germany (www.pan-germany.org). Die hier wiedergegebenen Ansichten sind seine persönlichen.

Anmerkungen

- (1) Wenngleich in der EU inzwischen einige Pestizide verboten sind, steigt die Menge der insgesamt eingesetzten Pestizide auch bei uns kontinuierlich an: in Deutschland laut offizieller Statistik um 26 % innerhalb der letzten 15 Jahre.
- (2) http://www.fao.org/fileadmin/templates/agphome/documents/Pests_Pesticides/Code/CODE_2014Sep_ENG.pdf
- (3) Internationale Pakt über wirtschaftliche, soziale und kulturelle Rechte (Sozialpakt), Artikel 12 (http://www.institut-fuer-menschenrechte.de/fileadmin/user_upload/PDF-Dateien/Pakte_Konventionen/ICESCR/icescr_de.pdf)
- (4) <http://www.tlachinollan.org/category/incidencia/jornaleros-y-jornaleras/mujeres-migrantes-y-jornaleros-agricolas/>
- (5) <http://www.bayer.mx/es/bayer-en-mexico/sedes/>
- (6) <https://rap-al.org/wp-content/uploads/2017/09/Libro-Plaguicidas-Final-14-agst-2017sin-portada.pdf>



Coordination gegen BAYER-Gefahren

Gegen die globalen Gefahren und die scheinbare Allmacht des BAYER-Konzerns setzt die COORDINATION GEGEN BAYER-GEFAHREN erfolgreich Aktion, Information und internationale Solidarität. Mehr Infos:

<http://www.cbgnetwork.org>

Griechenland: Gesundheitssystem vor dem Kollaps

Wie deutsche "Entwicklungspolitik" das Leben der Menschen in Griechenland ruiniert

Die Gesundheitsversorgung für die griechische Bevölkerung steht vor dem Zusammenbruch. Unter maßgeblicher Beteiligung der deutschen GIZ (Gesellschaft für internationale Zusammenarbeit) wird seit 2013 das griechische Gesundheitssystem kaputt „reformiert“.

Die Folgen dieser "Reformen":

- * Die Kindersterblichkeit stieg schon bis 2011 um 43% und steigt weiter
- * 40% des Gesundheitsbudgets wurden gekürzt
- * Mehr als 5000 Ärzt*innen haben das Land verlassen, weil das Gehalt zu niedrig ist
- * Neue Ärzt*innen werden nicht eingestellt
- * Mehr als 18.000 Pflegekräfte sind ebenfalls abgewandert
- * Wer arbeitslos wird, ist nicht mehr krankenversichert. Das sind 25-35% der Bevölkerung. Derzeit sind 2,5 Mio. Griech*innen ohne Krankenversicherung
- * 25% der Medikamente müssen selbst bezahlt werden

Medikamente und Geräte fehlen in Krankenhäusern, Apotheken und Arztpraxen. Die Krankenversorgung der Bevölkerung wird derzeit in großen Teilen mit Spenden und Freiwilligen abgedeckt. Freiwillige Ärzt*innen arbeiten in Sozialkliniken, in denen allein 2014 mehr als 1.000.000 Menschen versorgt wurden.

Die österreichische Ärztezeitung schrieb im Juli 2015 dazu: *"Das griechische Gesundheitswesen war vor der Finanzkrise funktionsfähig, steckte aber bereits damals in einer tiefen Krise." Und weiter: "Anfang 2012 hat sich Griechenland zu einer Reform des Gesundheitswesens verpflichtet; dabei erhält es Unterstützung aus Deutschland. Seit Dezember 2013 arbeiten mehr als 30 Experten der Deutschen Gesellschaft für Internationale Zusammenarbeit (GIZ) und der Weltgesundheitsorganisation (WHO) an zehn Reformfeldern im griechischen Gesundheitswesen. Einige Ziele: das Fallpauschalensystem in der Krankenhausfinanzierung einzuführen, Nichtversicherte in die Gesundheitsversorgung einzubinden, die Arzneimittelkosten einzugrenzen und die medizinische Versorgung auf dem Land zu verbessern."*

Aber: *"Allein ein Blick auf die Faktenlage ist erdrückend. Fast ein Drittel der Griechen ist nicht mehr in der Lage, Sozialversicherungsbeiträge zu zahlen. Mehr als drei Millionen Bürger sollen gänzlich ohne Krankenversicherung sein. Die Zuzahlungen, die beim Arztbesuch anfallen, können sich wenige leisten, den Gang zu einem privaten Arzt schon gar nicht. Kein Wunder: Mit 26,5 Prozent ist die Arbeitslosenquote weiterhin verheerend hoch, und wer in Griechenland arbeitslos ist, verliert seine Krankenversicherung. Wer überhaupt Ersparnis für die Versorgung hatte, hat es nach sechs Jahren Krise inzwischen aufgebraucht. In den Medien reißen die*

Berichte über flehende Menschen vor Kliniken und Apotheken nicht ab. Sie warten dort teils Stunden, bis sie behandelt werden – wenn überhaupt. Vielen bleibt nur noch eins: Der Gang zu solidarischen Praxen und Kliniken, die es inzwischen überall im Land gibt. Ärzte und Pfleger versorgen hier nach Feierabend die Not leidende Bevölkerung; Freiwillige verteilen Medikamente und treiben Spenden ein."

Die Organisation „Ärzte der Welt“ kam einst nach Griechenland, um sich um die medizinische Versorgung von Geflüchteten zu kümmern, die dort stranden. Heute hat die griechische Sektion der Organisation in sechs Städten feste Anlaufstellen und versorgte dort allein im Jahr 2014 mehr als 100.000 Menschen, Tendenz steigend. Ehrenamtlich tätige Ärzt*innen fahren mit mobilen Gesundheitsstationen abgelegene Regionen an, um den Menschen Zugang zu Basismedizin zu ermöglichen. Es sind immer mehr Menschen aus allen Schichten zu versorgen. Die Krise ist längst in der Mitte der Gesellschaft angekommen. Ohne diese solidarischen Einrichtungen käme Griechenland nicht mehr zurecht. Vielmehr: Die Primärversorgung der Unversicherten wird heute im Wesentlichen von NGOs übernommen.

Dies ist das Resultat der Arbeit von 30 GIZ-Mitarbeiter*innen. Besser ist bisher nichts geworden, wie eine Dokumentation auf Arte vom 5. April 2017 eindrücklich beschreibt.

Wir können feststellen, dass die GIZ ihren Auftrag zur Zufriedenheit der neoliberalen Troika erfüllt hat. Dass es den Menschen in Griechenland zunehmend dreckig geht und die Krankenversorgung anfängt, der eines sogenannten Entwicklungslandes zu gleichen, interessiert diese Herrschaften nicht. Diese "Reform" ist nur ein Beispiel von vielen weltweit. Hier zeigt sich, dass die GIZ willige Erfüllungsgehilfin der menschenverachtenden neoliberalen Politik der Bundesregierung und der Europäischen Union ist.

AG GIZ im Ya-Basta-Netz

Was ist die GIZ?

Die GIZ, Gesellschaft für internationale Zusammenarbeit, ist eine GmbH. Sie ist zu 100% privatisiert und gleichzeitig zu 100% im Besitz der Bundesregierung. 2010 wurde sie vom Entwicklungshilfeministerium unter Niebel (FDP) gegründet, dies ging mit einer Neuausrichtung der klassischen Entwicklungshilfe einher. In ihr sind die ehemalige GTZ (Gesellschaft für technische Zusammenarbeit) und der DED (Deutscher Entwicklungsdienst), weltweit und Invent zusammengefasst. Sie ist eng verflochten mit Konzernen und Wirtschaftsinstitutionen, deren Interessen sie weltweit vertritt. Die GIZ ist der weltweit größte 'Dienstleister' im entwicklungspolitischen Bereich mit einem Geschäftsvolumen von 2,4 Milliarden Euro (2016).

"Zusammen mit den Anderen"

Griechenland: Inmitten der multiplen Krise bauen engagierte Aktivist*innen emanzipatorische Alternativen auf

Interview mit Ilias vom solidar-ökonomischen Kollektivbetrieb Syn Allois, Athen, Griechenland

Könntest Du uns bitte Eure Kooperative vorstellen?

Wir sind die Kooperative "Syn Allois", das bedeutet auf griechisch "Zusammen mit den Anderen". Wir sind ein Betrieb, der 2011 mit fünf Personen angefangen hat. Wir treffen gemeinsam Entscheidungen, wir arbeiten zusammen und wir betreiben diesen Ort in Selbstverwaltung. Wir erhalten alle denselben Lohn und haben keine hierarchischen Strukturen. Wir sind in der solidarischen Ökonomie aktiv. Wir arbeiten dabei mit Produkten aus dem globalen Süden, vor allem mit Kaffee aus zapatistischen Kooperativen, aber auch mit anderen Erzeugnissen. In unserem Laden verkaufen wir ebenso regionale Produkte, die wir direkt von den Produzent*innen in Griechenland kaufen. Wir versuchen dabei, eine ehrliche und solidarische Beziehung aufrechtzuerhalten.



Ilias im Laden der Kooperative Syn Allois

Wie ist die aktuelle Situation in Griechenland? Wie haben sich Arbeitslosigkeit und Migration entwickelt?

Die soziale und ökonomische Situation in Griechenland ist wirklich nicht gut. Die Krise, die 2010 begann, hält weiter an. Die Politik, die Griechenland von den europäischen Institutionen, der Europäischen Zentralbank und dem Internationalen Währungsfonds aufgezwungen wurde, sorgt dafür, dass die Krise weitergeht. Griechenland ist kein souveränes Land mehr. Ich weiß nicht ob das Wort "Kolonie" zutreffend ist, denn das ist sehr komplex, es ist nicht genau so... Aber ich denke, es ist eine Art Experiment, wie Länder geführt werden können, ohne all das, was wir als einen souveränen demokratischen Prozess kannten. Es wird mit intransparenten Mechanismen direkt über die Zukunft eines Land entschieden und das ist ziemlich gefährlich. Es ist gefährlich für ganz Europa, für die ganze Welt.

Die Ökonomie wird anhaltend geschwächt. Die Arbeitslosigkeit ist sehr hoch, sie liegt bei etwa 26 Prozent und die Jugendarbeitslosigkeit liegt sogar bei über 50 Prozent. Zusätzlich zur Arbeitslosigkeit sind die Einkünfte zurückgegangen - auch für die Menschen, die arbeiten. Die Einkommen gehen nach unten, die Leute müssen prekär arbeiten. Häufig gibt es keine Vollzeitstellen, sondern nur Teilzeit. Es ist wirklich schwierig für eine große Zahl von Menschen. Es gibt große Kürzungen bei den Sozialausgaben, bei der Gesundheitsfürsorge oder der Bildung. Es gibt bei Vielen das Gefühl, dass es einfach nicht besser wird und wir uns in einer Sackgasse befinden. Und: Es ist kein Ende dieser Situation in Sicht.

Viele Menschen haben sich dazu entschieden, in andere Länder zu migrieren, um eine Möglichkeit zu finden, dort zu leben, vor allem in europäischen Staaten. Es sind hauptsächlich junge und hoch ausgebildete Menschen, die die Chance haben, eine Anstellung in einem anderen Land, wie z.B. Deutschland, zu finden, das ist ziemlich verbreitet - oder auch in anderen europäischen Ländern. Dies wird "brain drain" genannt, dass die am besten ausgebildeten Leute mit der meisten Energie es als die beste Option sehen, das eigene Land zu verlassen.

Die Bevölkerungszahl Griechenlands ist in den letzten Jahren tatsächlich kleiner geworden, nicht nur wegen des "brain drain", sondern auch, weil viele Immigrant*innen Griechenland verlassen haben. Sie sind weggegangen, weil es hier keine Möglichkeiten für sie gibt. Zudem finden junge Menschen es problematischer, unter diesen Umständen Kinder zu bekommen.

Es gab eine Entkoppelung der ökonomischen Realität von den ökonomischen Notwendigkeiten durch das, was Griechenland aufgezwungen wurde. Das, was vorgeschrieben wurde, ist hauptsächlich ideologisch. Es ging um Privatisierungen und massive Kürzungen im öffentlichen Sektor, auch in sehr kritischen Bereichen wie Gesundheit und Bildung. Insbesondere das Gesundheitssystem steht kurz vor dem Kollaps. Die Gesundheitsversorgung hat sich sehr verschlechtert, ebenso der Bildungsbereich.

Generell ist es ökonomisch hart, aber es geht ebenso um den psychologischen Teil. Denn die Menschen sehen keine Möglichkeiten, ihr Leben in Zukunft verbessern zu können. Es herrscht das Gefühl, dass die Dinge von nun an immer schlechter werden. Und dies betrifft die Psyche der Menschen sehr. Die Leute empfinden mehr Stress. Depressionen und Selbstmorde haben unglücklicherweise sehr stark zugenommen.

Gibt es neben dem politischen Widerstand auch so etwas wie den Aufbau wirtschaftlicher Alternativen?

Ja, es gibt innovative Strategien von Leuten, um diese Situation hinter sich zu lassen. Seit Beginn der Krise gibt es viele Initiativen, selbstverwaltete Arbeitsplätze zu schaffen, wie unsere Kooperative zum Beispiel. Es gibt Dutzende, vielleicht Hunderte solcher Initiativen in ganz Griechenland, in unterschiedlichen Kontexten, nicht nur in Städten, sondern auch auf dem Land, wo es eine noch kleine, aber wachsende Kooperativenbewegung im Bereich der Landwirtschaft gibt. Und diese Initiativen sind während der Jahre der Krise wirklich herangewachsen. Es ist schwierig voranzukommen, wegen der aktuellen ökonomischen Situation für die Kooperativen. Und es ist keine einheitliche Bewegung, aber es gibt einen Sinn für gemeinsame Anstrengungen und dafür, alle diese Initiativen zu vernetzen.

Wie haben sich diese Mobilisierungsprozesse entwickelt?

Seit dem Treffen bei Vio.Me, der besetzten Fabrik für ökologische Reinigungsmittel in Thessaloniki im Oktober 2016, gibt es den Versuch, dies besser zu koordinieren. Es gibt Treffen von Kooperativen und Initiativen für soziale und solidarische Ökonomie. Es wird versucht, Netzwerke zu bilden. Aber diese Bemühungen sind noch in einer frühen Phase, diese neue Bewegung muss sich noch festigen. Wir unterstützen den Kampf von Vio.Me und ihr Engagement, weil wir viele ihrer Ansichten teilen. Wir denken, dass jede Anstrengung, die Menschen vor die Profite zu stellen, etwas ist, das wir unterstützen sollten. In diesem Sinne haben die Arbeiter*innen von Vio.Me es nicht einfach akzeptiert, dass sie ihren Job verlieren, weil ihr Boss die Fabrik nicht weiter betreiben wollte. Sie sagten: *"Wir können das selbst! Wir haben die Kraft, das selbst zu tun!"* Also unterstützen wir sie,

weil dies ein Zeichen für die Emanzipation von Menschen ist, weil wir fühlen, dass sie mit ihrer eigenen Kraft ihren Lebensunterhalt bestreiten können und auf gewisse Weise ihre eigene Welt aufbauen können. Wir teilen die gleichen Anschauungen und wir wollen sie wirklich unterstützen. Es ist ein sehr beispielhafter Kampf in Griechenland, weil er während der Jahre der Krise eine Inspiration war, ein Signal für den Widerstand gegen das, was passiert, aber auch für einen kreativen Weg, um Lösungen zu finden und auch, um zu veranschaulichen, dass es einen anderen Weg geben könnte, die Wirtschaft zu organisieren - auf eine Weise, die den Bedürfnissen der Menschen gerecht werden würde - und nicht den Bedürfnissen irgendwelcher Eliten oder irgendwelcher Finanzinstitutionen etc.

Uns geht es auch darum, dass wir mehr auf das Essentielle schauen sollten und nicht danach, reich oder mächtig zu werden. Denn vor der Krise hat Griechenland einen Boom erlebt, der sehr oberflächlich war. Die Leute hatten einen leichten Zugriff zu Geld, konsumistische Werte waren sehr wichtig und so weiter. Aufgrund der Krise haben viele Menschen all das überdacht. Und ich denke, dass diese Ideen, die die selbstverwalteten Initiativen liefern, dass wir uns auf Qualität und unsere Grundbedürfnisse konzentrieren sollten und nicht auf die Konzerne und den Individualismus, sehr wichtig sind. Diese Werte finden viel Widerhall bei sehr vielen Menschen.

Vielen Dank für das Gespräch!

Interview: Dorit Siemers und Luz Kerkeling, Athen, April 2017

Weitere Infos auf griechisch: www.synallois.org

Occupy, Resist, Produce!



Informationen zur besetzten Fabrik VIO.ME in Griechenland sowie Verkaufsstellen der VIO.ME-Produkte in Deutschland findest du hier:

www.viome.org/search/label/Deutsch

Viva la autonomía!

Solidarischer Handel mit Kaffee von zapatistischen Kooperativen und der indigenen Bewegung des CRIC aus Cauca/Kolumbien

Espresso aus handwerklicher & kollektiver Trommelröstung! (www.la-gota-negra.de)

Bücher & Filme
Olivenöl & Salze von becollective
Seife von vio.me
T-Shirts & Taschen
Musik
Tee



Kaffee Kollektiv
Aroma Zapatista

Kaffee Kollektiv Aroma Zapatista eG
Infos und Online-Shop:
www.aroma-zapatista.de
kaffee Kollektiv@aroma-zapatista.de

* Buchbesprechung *

Konsens zum Konsum

"Imperiale Lebensweise". Ulrich Brand und Markus Wissen prangern die ausbeuterischen Lebensstandards an

Ulrich Brand / Markus Wissen: Imperiale Lebensweise. Zur Ausbeutung von Mensch und Natur in Zeiten des globalen Kapitalismus. München 2017

Wir leben über unsere Verhältnisse. Unsere Art und Weise, Arbeit und Leben zu gestalten, gefährdet die ökologischen Grundlagen allen Lebens. Sie ist daher auch nicht verallgemeinerbar. Aber wer sind wir und was ist unser Leben? Die Kollektivbezeichnung erscheint zunächst provokativ, sind doch Privilegien per definitionem wenigen vorbehalten. Das Wir dürfte also recht klein sein. Ist es aber nicht, glaubt man den Politikwissenschaftlern Ulrich Brand und Markus Wissen. Es ist die "imperiale Lebensweise", die auch die weniger Begüterten in die - global betrachtet - privilegierte Situation mit einschließt. Zwar reproduziert die imperiale Lebensweise auch Spannungen und Spaltungen entlang der Kategorien Klassen, rassialisierter Zuschreibungen und Geschlecht. Eine Einheit stiftet sie aber auch: Die verinnerlichte und in vielfältigen Praktiken verkörperte Haltung, dass die kapitalistische Ordnung der gegenwärtigen Welt im Prinzip schon ganz O.K. ist. Dass diese Ordnung aber nicht nur auf Kosten anderer, sondern auch zu Lasten des ökologischen Gleichgewichts geht, wird ausgeblendet, externalisiert.

Wie es historisch dazu kommen konnte, wie also die imperiale Lebensweise durchgesetzt wurde, beschreibt das Buch ebenso wie es die theoretische Bedeutung des Begriffes klärt. Sozialtheoretisch geht der Begriff der imperialen Lebensweise über Konzepte von Lebensstil und Lebensführung hinaus, die tendenziell vor allem individuelle Gewohnheiten adressieren, und dient als Vermittlung: Die imperiale Lebensweise "verbindet den Alltag der Menschen mit den gesellschaftlichen Strukturen" (46). [...] Das betrifft eben ganz alltägliche Möglichkeiten, wie die, ständig Auto zu fahren und technische Geräte zu benutzen, Urlaubsziele mit dem Flugzeug zu bereisen und das ganze Jahr über Erdbeeren zu essen. Zustimmung wird über Konsum organisiert, trotz vielfältiger Infragestellungen erfährt die imperiale Lebensweise im globalen Norden "hohe Akzeptanz" (99). Aber nicht nur die soziale Bedeutung des Massenkonsums, auch die politische Hinwendung subalternen Klassen zu rechtspopulistischen Parteien kann tatsächlich nur von einer solchen, auf Konsens orientierten Perspektive schlüssig erklärt werden. Bei der Hinwendung zu regressiven Politiken geht es schließlich auch wesentlich um die Verteidigung von Lebensweisen: An CO₂-Ausstoß und Fleischkonsum soll sich nichts ändern, aber andere, etwa Geflüchtete, sollen nicht mitmachen dürfen.

Zentrales Kennzeichen der Ressourcen verschleudernden Lebensweise ist die Externalisierung. Das bedeutet nicht nur, dass die negativen Effekte der westlichen Konsumnormen wie etwa die Zerstörung subsistenzorientierter Landwirtschaft und Umweltkatastrophen vor allem anderswo auftauchen, also nicht in Westeuropa und Nordamerika (plus Japan und Australien). Es bedeutet auch, dass die Folgen der Lebensweisen nicht nur für das Klima, sondern auch für Arbeitsverhältnisse in anderen Weltregionen systematisch ausgeblendet werden.

Die niederschmetternden Fakten, mit denen die Autoren hier in ihren Theorieentwurf untermauern, deuten auch eher auf eine "Vertiefung der imperialen Lebensweise" (104), als darauf, dass hier etwas krisenmäßig zusammenbricht. Sie etabliert sich schließlich nicht nur als Konsens, sondern auch als stummer Zwang der Verhältnisse: Zum Einkauf im Discounter, wenn das Geld ansonsten nicht reicht, zur Vielfahrerei, wenn der Job es erfordert. Dass sich die Nachfrage nach Kohle in China seit 2000 verdreifacht hat oder dass in Deutschland auf ein neu gekauftes Elektroauto 36 SUVs kommen, sind Indizien für das Anwachsen der globalen Mittelschichten. [...]

Politisch machen die Autoren deutlich, dass für eine grundlegende Transformation auf Staat und Markt nicht zu setzen ist. Anhand ihrer Analyse des "grünen Kapitalismus" und des Nachhaltigkeitsdiskurses wird klar, wie - ökologisch und sozial betrachtet - unzureichend diese Entwicklungen letztlich sind. Zwar wird der Verbrauch reguliert, aber die ökologischen und sozialen Produktionskosten nicht in Frage gestellt. Es ginge aber darum, "gesellschaftliche Selbstverständlichkeiten und Leitbilder" (169) grundsätzlich zu hinterfragen. [...] Deshalb ist das Buch von Brand und Wissen auch ein Buch der Stunde.

Jens Kastner

Quelle: graswurzelrevolution Oktober 2017



Linke Projekte stellen sich vor:

Die anarchistische Bibliothek kalabal!k

Vereint in dem Gedanken, dass unsere Kämpfe und Träume Orte brauchen, wo diese aufkeimen und wachsen können und angetrieben von dem Drang, der sozialen Ordnung, die uns umgibt, anarchistische Ideen entgegen zu stellen. Wir wollen einen Ort schaffen zum kennenlernen und austauschen. Einen Ort, wo wir zusammen diskutieren, Filme schauen, Broschüren drucken und selbstorganisierte Projekte entstehen können. Es soll ein Werkzeug sein, um unsere Analysen zu schärfen und Wege einer revolutionären Perspektive zu eröffnen, die es uns ermöglichen, die Wut auf die herrschenden Verhältnisse zu entfesseln. Wir möchten ein Anlaufpunkt sein für alle Interessierten, die mit uns das Bedürfnis teilen, radikale Fragen zu stellen und gemeinsam mögliche Antworten zu entwickeln.

Um diesen Raum mit Ideen und Inhalten zu füllen gibt es eine kleine Bibliothek mit ausgewählten Büchern, welche wir für interessant und nützlich halten, in unterschiedlichen Sprachen die zum Ausleihen zur Verfügung stehen. Ein internationaler Bezug zu/ und die Vernetzung von Kämpfen soll dabei ein wichtiger Bestandteil sein. Außerdem gibt es Publikationen und Texte zum Mitnehmen, und ein Archiv ist am Entstehen zum Stöbern, Kopieren und Vervielfältigen.

Wir verstehen dieses Projekt darüber hinaus als Teil einer Infrastruktur in der Nachbarschaft. Wir wollen uns nicht in unseren vier Wänden einmauern, sondern auch außerhalb derer präsent und ansprechbar sein. Die hier im Kiez rund um die Reichenberger Straße schon weit vorangeschrittene Aufwertung und Verdrängung durch steigende Mieten hat bereits zu einem erheblichen Teil gewachsene Strukturen auseinandergerissen und zerstört. Für die Menschen mit kleinem Geldbeutel werden die Zwänge der Lohnarbeit und Jobcenter spürbar stärker. Der damit einhergehenden Vereinzelung wollen wir die Möglichkeit eines gemeinsamen Kampfes gegen diese Entwicklung entgegensetzen. Ob dieses Bedürfnis auch bei anderen besteht und hier auf fruchtbaren Boden fällt, ist eine der Fragen, die wir noch nicht beantworten können, doch das wollen wir herausfinden.

Fühlt euch eingeladen uns zu besuchen, Bücher auszuleihen, an Veranstaltungen teilzunehmen, mit uns zu diskutieren oder einfach mal auf einen Kaffee vorbei zu kommen.

Ort: Reichenbergerstr. 63 a, Berlin-Kreuzberg
Kontakt: kalabalik@riseup.net
Öffnungszeiten: Freitag 14-20 Uhr, Sonntag 15-19 Uhr

Das Mietshäuser-Syndikat: Was ist das eigentlich?

Gemeineigentum - Selbstorganisation - Solidarität: Das Mietshäuser-Syndikat (MHS) ist ein Verbund von mittlerweile über 125 selbstverwalteten Hausprojekten und Dutzenden neuen Projektinitiativen in Deutschland. Die historischen Wurzeln des Netzwerks liegen in der Hausbesetzer*innen-Bewegung. Es blickt auf eine über 30-jährige Erfolgsgeschichte zurück.

Ziel des Syndikats ist es, Häuser der Immobilienspekulation zu entziehen und günstigen, selbstverwalteten Wohnraum zu schaffen und zu erhalten. Das Syndikat sichert als Mitgesellschafter mit seinem Veto-Stimmrecht in Angelegenheiten wie Hausverkauf, Umwandlung in Eigentumswohnungen oder ähnlichen Zugriffen, in jedem einzelnen Hausprojekt die Immobilie gegen Spekulation und Reprivatisierung, sowie gegen die private Abschöpfung von Gewinnen. So ist keine Reprivatisierung einer solidarisch finanzierten Immobilie mehr möglich.

Das Mietshäuser Syndikat ist zudem ein Solidariuszusammenschluss. Die einzelnen Projekte unterstützen sich gegenseitig mit ihren Erfahrungen, was insbesondere in der Planungs- und Startphase unverzichtbar und wertvoll ist. Alle Projekte zahlen monatlich einen Beitrag in den Solidarfonds ein. Mit dem Geld des Fonds werden die Stammeinlagen des Syndikats für neue GmbHS neuer Hausprojekte finanziert, ebenso wie Öffentlichkeitsarbeit, Infrastrukturkosten etc. (Quelle: MHS-Projekt Grafschaft 31, Münster)

Umfangreiche Infos und Kontakte zu den Projekten unter:
www.syndikat.org

Es gibt einen empfehlenswerten Dokumentarfilm "Das ist unser Haus!" zum Syndikat: <http://das-ist-unser-haus.de>



contraste
zeitung für selbstorganisation
dreimonatiges Schnupperabo für 7,50 €
www.contraste.org

Finger weg von unseren Strukturen!

Unsere Solidarität gegen ihre Repression

(Dokumentation: Demoaufruf zum 28.10.2017 in Frankfurt)

Auf die wachsende Verschärfung der Lebensverhältnisse reagiert der autoritäre Staat mit zunehmender Repression. Das Aufbegehren soll klein gehalten und Widerstand kriminalisiert werden. Seit den Protesten gegen den G20-Gipfel in Hamburg erleben wir eine steigende Angriffswelle gegen linke Strukturen. Das Verbot der Internetplattform linksunten, die Razzien im Freiburger Autonomen Zentrum KTS und bei Privatpersonen sind die vorläufig jüngsten Beispiele. Die angeblich „schwersten Krawalle“ dienen mal wieder als willkommener Anlass für einen Rundumschlag gegen radikale linke Politik. Die Rote Flora, Hamburger Konservativen schon lange ein Dorn im Auge, soll als „Hort der Gewalt“ am besten sofort geschlossen werden. Und auch bundesweit geraten linke Zentren wie das Café Marat in München, das Haus Mainusch und das Exzess, die AU und das Klapperfeld ins Visier.

UNSER HERZ SCHLÄGT LINKSUNTEN!

Indymedia linksunten ist seit mehreren Jahren eine unabhängige, mehrsprachige Website für linke Bewegungen im ganzen deutschsprachigen Raum und darüber hinaus. Ende August verbot Innenminister de Maiziére die Plattform unter dem juristisch fragwürdigen Rückgriff auf das Vereinsrecht. Damit führte der Staat seine vermeintlichen rechtsstaatlichen Standards, wie die „Pressefreiheit“ ad absurdum, was sich auch am willkürlichen Entzug von Presseakkreditierungen während des G20-Gipfels gezeigt hat. Linksradikale Positionen und Aktionen werden als „Gewalttaten“ oder gar als „Terrorismus“ diffamiert - ein Phänomen, das nicht allein auf Deutschland beschränkt ist: Zuletzt ging die französische Regierung gegen Ableger von indymedia in Frankreich vor und forderte die sofortige Löschung von ihr nicht genehmen Inhalten.

DER STAAT LÄDT NACH

Nach dem G20-Gipfel sind von ursprünglich 51 Gefangenen derzeit immer noch Personen in Hamburg inhaftiert. Sie werden stellvertretend für das politische Scheitern des Gipfels verantwortlich gemacht und bekommen durch absurde Strafen die Härte der politischen Justiz zu spüren. Die Urteile wurden zuvor mit Gesetzesverschärfungen vorbereitet: Pünktlich zum G20 trat mit der Verschärfung des §113 ein Sonderrecht für Polizeibeamt*innen in Kraft. Die Union bastelt derzeit an der „Erweiterung des Strafbestands des Landfriedensbruchs“; bald sollen auch jene bestraft werden, die anderen „Schutz in der Menge bieten“. Damit lässt sich die bloße Teilnahme an Demonstrationen kriminalisieren. Die eigenmächtige Missachtung richterlicher Entscheidungen

durch die Polizei in Hamburg bezüglich der Campverbote und die Erweiterung der Aussagepflicht von Zeug*innen verschafft der Polizei weitere Machtbefugnisse. Sie wird zunehmend zum eigenständig agierenden politischen Akteur. Die Verantwortlichen nutzten die Proteste in Hamburg, um über eine Woche hinweg die Lage vor Ort zu eskalieren und sich so die Legitimation zur militarisierten Aufstandsbekämpfung zu schaffen.

Angriffe auf die radikale Linke und ihre Kriminalisierung sind jedoch weder neu noch auf Deutschland begrenzt. Linken Organisationen und ihre Aktivist*innen aus der Türkei und Kurdistan werden mit Hilfe des Gesinnungsparagrafen 129 kriminalisiert. Sie werden inhaftiert und zu hohen Haftstrafen verurteilt. In München läuft derzeit das größte §129b-Verfahren der letzten Jahrzehnte in Deutschland: Zehn Genoss*innen werden der Mitgliedschaft in der TKP/ML angeklagt. Diese Organisation ist in der Türkei verboten, steht in der EU aber auf keiner Verbotsliste. Der deutsche Staat macht sich damit zum verlängerten Arm Erdogans und der AKP.

RECHTE ZEITEN

Rechte Positionen sind längst wieder salonfähig, man punktet mit „Heimat“ und „Deutschland als Leitkultur“. Und während sich alle lautstark entrüstet von der AfD distanzieren, reden ihr gleichzeitig Politiker*innen von Thomas de Mazière bis Sarah Wagenknecht nach dem Mund. Die jüngsten Wahlerfolge der AfD haben nicht nur dafür gesorgt, dass alle Parteien sich an dem Rechtsruck beteiligen: Sie sorgen ebenfalls für ein Erstarken des Selbstbewusstseins rechtsradikaler Strukturen außerhalb der Parlamente, so dass diese immer öfter gewalttätig gegen alle vorgehen, die nicht in ihr Weltbild passen. Die permanente Unsicherheit und Existenzangst der Menschen im Kapitalismus bricht sich auf reaktionärste Weise Bahn. Man optimiert und konkurriert sich lieber ins Verderben, als grundlegende Fragen über die Art der Vergesellschaftung zu stellen. Schuld am allgemeinen Leiden sollen dann jene sein, die von dieser Gesellschaft sowieso schon an den Rand gedrängt werden. Gegen Migrant*innen, Erwerbslose, Obdachlose und viele andere wird Stimmung gemacht. Sie werden von den Behörden, der Polizei und Rechten schikaniert und angegriffen. Im Bahnhofsviertel, auf der Zeil, auf dem Amt - an unzähligen weiteren Orten werden Arme diszipliniert und bekämpft, während das System, das Armut und Ungleichheit produziert, weiter verteidigt wird.

JETZT ERST RECHT!

Gegen das Hamsterrad des kapitalistischen Systems setzen wir auf Selbstorganisation und ein solidarisches Miteinander, auf kollektive Strukturen und gemeinsame Kämpfe für ein gutes

Leben für alle. Unser Widerstand gegen die herrschenden Verhältnisse hat viele Gesichter: Hausprojekte und Besetzungen sowie Stadtteilarbeit und autonome Zentren, Fluchthilfe und Angriffe auf Akteur*innen des Abschieberegimes und Repressionsbehörden, Nazi-Outings sowie der Aufbau alternativer Medien, solidarische Landwirtschaft und brennende Barrikaden in Hamburg, Athen oder São Paulo.

Unsere Nischen, unsere Träume und unsere Unversöhnlichkeit sind richtiger und dringender denn je! Widerständigkeit, radikale Kritik an den herrschenden Verhältnissen und die Suche nach alternativen Lebensentwürfen - dafür stehen unsere Orte, dafür steht linksunten. Dafür gehen wir auf die Straße. Wir lassen uns nicht(s) verbieten!

**Vorbereitungsbündnis der Demo vom 28.10.17
in Frankfurt/Main**

"Unsere Klassiker*innen"

Subcomandante Marcos: Es träumt der Alte Antonio

Es träumt Antonio, dass das Land, das er bearbeitet, ihm gehört. Er träumt, dass sein Schweiß mit Gerechtigkeit und Wahrheit vergolten wird, dass es eine Schule gibt, wo die Unwissenheit geheilt wird, und eine Medizin, um den Tod zu erschrecken. Er träumt, dass es in seinem Haus licht wird und der Tisch sich füllt. Er träumt, dass sein Land frei ist und die Menschen im Recht sind, über ihre Belange und sich selbst zu bestimmen. Er träumt, in Frieden mit sich selbst und der Welt zu sein. Er träumt, dass er für diesen Traum kämpfen muss, er träumt von der Notwendigkeit des Todes, um neues Leben zu erschaffen. Es träumt Antonio, und er erwacht... Nun weiß er, was zu tun ist, und er blickt zu seiner Frau, wie sie hockend das Herdfeuer entfacht, hört sein Kind weinen, blickt zur Sonne, die von Osten grüßt, und schärft lächelnd seine Machete. Ein Wind kommt auf und wirbelt alles durcheinander, er steht auf und geht, um sich mit Anderen zu treffen.

Etwas sagt ihm, dass sein Wunsch der Wunsch vieler Menschen ist und er geht sie suchen.

Es träumt der Vizekönig, dass sein Land von einem schrecklichen Wind geschüttelt wird, der alles aufwirbelt. Er träumt, dass ihm alles, was er gestohlen hat, abhanden kommt, er träumt, dass sein Haus abgerissen wird und das Reich, das er regiert hat, zerfällt. Er träumt und er schläft nicht. Der Vizekönig geht zu den Feudalherren und sie sagen ihm, dass sie das Gleiche träumen. Der Vizekönig ruht nicht, er geht zu seinen Ärzten und gemeinsam kommen sie zu dem Schluss, dass es sich um Indiozauberei handeln müsse. Und sie entscheiden gemeinsam, dass sie sich dieses Zaubers nur mit Blut entledigen können, und der Vizekönig befiehlt, Menschen zu töten und einzusperren und schafft mehr Gefängnisse und Kasernen, und der Traum raubt ihm weiter den Schlaf.

In diesem Land träumen alle. Jetzt ist es Zeit zu erwachen...

*Quelle: Subcomandante Marcos: Die Anderen Geschichten, Unrast Verlag Münster 2010.
(deutsch-spanisches Geschichtenbuch mit bilingualem MP3-CD)*



linksunten indymedia

Gegen die Kriminalisierung linker Medien! Die Verbotsverfügung - ein politischer Angriff

In der Pressemitteilung vom 25. August 2017 erklärte der Bundesinnenminister „Wir gehen konsequent gegen links-extremistische Hetze im Internet vor“ und bezog sich dabei auf die Proteste gegen den G20-Gipfel in Hamburg. Zu keinem Zeitpunkt wurde jedoch die Löschung einzelner Inhalte auf der Plattform versucht, sondern das komplette Portal kriminalisiert. linksunten.indymedia.org fungierte als Veröffentlichungsplattform für unterschiedlichste Aufrufe, Dokumentationen und Debatten der gesamten Linken. Das Verbot ist also ein gezielter Schlag gegen die gesamte Linke, der nicht zuletzt in das nach rechts offene Wahlkampfkalkül eines Ministers passt, der bereits für zahlreiche Überwachungsstaatliche Verschärfungen und eine Aufrüstung des Repressionsapparates verantwortlich zeichnet.

Der Verfassungsschutz - vom Bock zum Gärtner

Besonders brisant im Kontext des Verbotes der Medienplattform Indymedia linksunten ist die Beteiligung des Bundesamtes für Verfassungsschutz. Nicht zuletzt im Rahmen der Ermittlungen gegen die Naziterroristen des NSU wurde offensichtlich, dass es sich, vorsichtig ausgedrückt, um eine intransparent arbeitende Behörde handelt, die de facto keiner demokratischen Kontrolle unterliegt. Als Legitimationsbasis für ein Verbot von linksunten.indymedia lieferte das BfV eine Collage von Versatzstücken von auf der Seite veröffentlichten Texten. Dies ist insbesondere vor dem Hintergrund fragwürdig, dass die Behörde ein hohes Eigeninteresse an der Abschaltung der Webseite besaß. So wurden auf linksunten.indymedia zahlreiche kritische Recherchen über die Verstrickungen des Verfassungsschutzes in die rechte Szene oder über deren geheimdienstliche Praxis gegen die Linke veröffentlicht.

Die Betreibervereinigung - ein juristisches Konstrukt

Das Verbot von Medien fällt eigentlich nicht in die Zuständigkeit des Innenministers. Deshalb wurde kurzerhand ein Verein konstruiert, der hinter linksunten.indymedia stecke und so verboten werden konnte. Eine Medienplattform wurde über das Vereinsgesetz kriminalisiert. Dieses Vorgehen ist nicht nur juristisch unzulässig, es ist auch ein Türöffner zur künftigen willkürlichen Kriminalisierung unbequemer Medien. Hinter jeder Internetseite u.a. kann ein Verein konstruiert werden, über dessen Verbot nichts anderes als Medienzensur betrieben wird.



Solidarität - mit Indymedia linksunten!

Die Kriminalisierung von Indymedia linksunten ist zunächst ein Angriff gegen die gesamte Linke. Sie ist darüber hinaus ein Versuchsmodell, wie gegen unbequemen unabhängigen Journalismus vorgegangen werden kann. Es liegt an uns, Öffentlichkeit und politischen Druck zu erzeugen und diesen Angriff gemeinsam zu beantworten.

Wir fordern die sofortige Aufhebung der Verbotsverfügung gegen linksunten.indymedia.org!

Autonome Antifa Freiburg (u.v.a. Kollektive, Gruppen, Organisationen und Einzelpersonen)

Zentrales Spenden- und Beitragskonto:

Rote Hilfe e.V.
Kontonummer: 56036239 * BLZ: 260 500 01 * Sparkasse
Göttingen
IBAN: DE25 2605 0001 0056 0362 39
BIC: NOLADE21GOE

Quelle: <https://www.rote-hilfe.de/77-news/837-linksunten>